Goldparität im Gotthardstaat:

Nationale Mythen und die Stabilität des Schweizer Frankens in den 1930er- und 40er-Jahren

von Jakob Tanner

I. Die Frankenabwertung von 1936: Fragestellungen zu einem Nichtereignis

Ende September 1936 ereignete sich in der Schweiz etwas, was zunächst als ein staatlicher Verrat am Mythos des unbezwingbaren Schweizer Frankens aussah. Beim Ereignis, von dem die Rede ist, handelt es sich um die Abwertung der helvetischen Valuta um 30% und damit um das Abrücken von der bisher sakrosankten Goldparität. Genau genommen lag eine dramatische Ereignissequenz vor, die sich vom Donnerstag, dem 24. bis zum Montag, dem 28. September erstreckte und die am Samstag, dem 26. September, in einem als schicksalhaft empfundenen Bundesratsentscheid kulminierte. Die Nachricht, dass der Schweizer Franken abgewertet worden war, schlug in der schweizerischen Öffentlichkeit wie ein Blitz aus heiterem Himmel ein. Die Regierung hatte ganz plötzlich das Gegenteil dessen beschlossen, was sie bisher verkündet hatte. Die Macht des Goldes schien gebrochen.

Mythen scheitern allerdings nicht an solchen Anfechtungen. Im Gegenteil bieten sie ein robustes, die Katarakte und Krisen der historischen Entwicklung überdauerndes Erzählmuster an, welches es ermöglicht, auch das, was in den Warnungen ex ante als Weg in die Katastrophe perhorresziert wurde, post festum als mutiger Akt, als Ausdruck weiser Voraussicht und rationaler Regierungspolitik zu werten. Man kann eine Währungsabwertung gar nicht von langer Hand ankünden. Sie lässt sich nur dann in geordneten Bahnen durchführen, wenn sie überraschend kommt. Im politischen Diskurs lässt sich ein solcher Entscheid als Verletzung der zuvor hochgehaltenen Prinzipien kritisieren. Mythen verfahren anders. Sie ermöglichen es, die Anomalie in ein

umfassenderes Erzählmuster zu integrieren und sie mit dem Geschichtsbewusstsein zu versöhnen. Dadurch wird die Bruchstelle gekittet. Im September 1936 erwies sich der Mythos einmal mehr als Garant von Kontinuität. Das Ereignis der Abwertung wurde umgehend in ein Nichtereignis transformiert. Allen Kassandrarufen zum Trotz blieb der Schweizer Franken eine starke Währung und vermochte seinen Ruf als internationales Transaktions- und Anlagemedium sogar zu verbessern. Die von den Abwertungsgegnern in Aussicht gestellten katastrophalen, chaotischen Zustände traten in keiner Weise ein, sondern die «durchgreifende Generalmassregel der Abwertung» hatte mit der raschen Regeneration des Vertrauens in den Franken eine zinssenkende Verflüssigung des Kapitalmarkts und die wachstumsförderliche Wiederherstellung einer «gewissen Harmonie zwischen Währung und Wirtschaft» zur Folge.[1] Dieser positive Effekt beruhte auch auf der Tatsache, dass die verbliebenen Goldblockländer fast gleichzeitig abwerteten und dass diese Schlussrunde im internationalen Devaluationskarussell von einer konzertierten Aktion zur «internationalen Stabilisierung der Wechselkurse» und zur «internationalen Festigung der Währungsverhältnisse» begleitet war. Die politische Deutung der schweizerischen Abwertung als einer geglückten Stabilisierungsmassnahme ging also mit der Einsicht einher, dass sie in «keinen neuen Währungskrieg», sondern in «eine Politik stetiger Währungskurse» einmünden würde.[2]

Das Bild des stabilen, gesunden und starken Schweizer Frankens begründete sich allerdings nicht nur währungstechnisch. In diesem Aufsatz wird davon ausgegangen, dass solche Deutungsmuster integraler Teil jener sozialen Wirklichkeit sind, die im 20. Jahrhundert den erstaunlichen Erfolg der helvetischen Währung und – eng verbunden damit – des schweizerischen Finanzplatzes ermöglichte. Dabei geht es nicht darum, Stärke und Stabilität des Frankens auf seine mythische Qualität zu reduzieren; selbstverständlich bleibt keine Währung «oben», wenn die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit eines Landes zusammengebrochen ist, die finanziellen Institutionen sich im

---

[1] Die Zitate stammen aus der Rede, die alt Bundesrat Edmund Schulthess am 30. 11. 1936 vor der Waadtländischen Vaterländischen Vereinigung hielt. Sie ist abgedruckt in *Schweizerische Zeitschrift für Statistik und Volkswirtschaft,* 1936, S. 459–476, Zitate S. 466 und 471.

[2] «Bericht des Bundesrats an die Bundesversammlung über seine Beschlüsse vom 26. und 27. September 1936 über die Abwertung des Schweizer Frankens, vom 28. Sept. 1936», in *Bundesblatt (BBl),* 1936, II, S. 695.

Niedergang befinden und die Struktur der Zahlungsbilanz aus den Angeln geraten ist. Der Fall Schweiz macht jedoch deutlich, dass es notwendig ist, die Attribute der Währung in einem gesellschaftlichen Kontext zu analysieren. Dass die im neutralen Kleinstaat domizilierten Banken ihre Dienstleistungen im Bereich der Vermögensverwaltung seit dem Ersten Weltkrieg so erfolgreich auszubauen vermochten, hängt auch mit der Wirkung nationaler Mythen zusammen.

Das *erste Kapitel* entwickelt im Folgenden einige Fragestellungen. *Kapitel zwei* rekapituliert das Zustandekommen des Abwertungsentscheids, in dem sich die Auseinandersetzungen um die Stellung des Schweizer Frankens in der internationalen Währungsordnung verdichteten. Es zeigt sich, wie rasch ein zunächst noch harter Dissens umgehend in einen Prozess der Konsensbildung und der nationalen Selbstvergewisserung auf gemeinsame Zielsetzungen überführt werden konnte. Die Abwertung passte sich fugenlos in den nationalen Integrationsprozess im Zeichen der «geistigen Landesverteidigung» ein, der sich seit 1935 beobachten lässt. Die einschneidende währungspolitische Massnahme stellte denn auch keine Abkehr, sondern eine Verstetigung des bisherigen Kurses innerhalb neuer internationaler Rahmenbedingungen dar. Letztere traten jedoch hinter eine helvetozentrische Sichtweise zurück: Das Konzept einer totalen – nämlich militärischen, wirtschaftlichen, sozialen und geistigen – Verteidigung, wie es in den ausgehenden 1930er-Jahren eingeübt wurde, umfasste immer den Schutz der schweizerischen Währung gegenüber innern und äusseren Anfechtungen, was dazu führte, dass der neutrale Kleinstaat in den Jahren nach 1939 mit dem frei konvertiblen, fest ans Gold gebundenen Franken international allein auf weiter Flur stand. Im *dritten Kapitel* wird die politische Kräftekonstellation analysiert, die dafür verantwortlich war, dass sich der Bundesrat (das heisst die Regierung) während der entscheidenden Krisenjahre auf eine rigorose Deflationspolitik festlegte. Das seit der Restabilisierung in den frühen 1920er-Jahren zu beobachtende Primat einer auf den Goldstandard fixierten Währungspolitik gibt Anlass zur Frage, ob der starke Franken eine schwache politische Linke zu seinem Pendant hatte. Es fällt jedenfalls auf, dass Gewerkschaften und Sozialdemokraten mit ihrem Plädoyer für eine Massenkaufkrafttheorie nicht in der Lage waren, eine nachfrageorientierte, antizyklische Konjunkturpolitik und eine aktive Beschäftigungspolitik durchzusetzen. Der Befund, zu dem der Wirtschaftshistoriker Johan de Vries für

Holland gelangt, gilt auch für die Schweiz: "This obsession with budgetary equilibrium acted as a strait jacket".[3] Das Insistieren auf der Goldwährung erweist sich aus dieser Sicht als Methode, die Wirtschafts- an die Währungspolitik zu koppeln und die Zwänge, die sich aus der Wechselkursstabilisierung ergaben, in die Innenpolitik zu internalisieren. Insbesondere der auf die Kapitalmacht der Londoner City abgestützte Goldstandard demonstrierte in den Jahrzehnten vor 1914 eindrücklich, dass das Währungssystem als Disziplinierungsregime funktionierte, das in den einzelnen Industriestaaten keine Handlungsspielräume für eine autonome Finanz- und Beschäftigungspolitik bot.[4] In der Schweiz wurde diese restriktive Strategie nach dem Ersten Weltkrieg mit Erfolg weitergeführt. Die prononcierte Bürgerlichkeit des schweizerischen Gesellschaftssystems,[5] die noch bis Mitte der 1930er-Jahre ein Generalstreiktrauma zur Folge hatte, stützte eine *stability culture,*[6] welche Garant für die freie Konvertibilität der schweizerischen Währung war. Dies änderte sich mit dem Abwertungsbeschluss vom September 1936 nicht grundsätzlich; dieser fiel nämlich in eine Phase, in der sich ein innenpolitischer Schulterschluss zwischen Arbeiterbewegung und bürgerlichen Kräften im Zeichen der «geistigen Landesverteidigung» bereits deutlich abzeichnete. Der historische Metatrend der Zwischenkriegszeit, der sich mit der Formel «Abschied vom Klassenkampf» zusammenfassen lässt, erreichte Mitte der 1930er-Jahre seinen Höhepunkt: Im Zuge der Entwicklung vom «Landesstreik zum Landigeist»[7] einigten sich die ehemaligen Protagonisten des Klassenkampfes auf ein gemeinsames Bedrohungs- und Geschichtsbild, das sich an den traditionellen Normen und konservativen Werten der Confoederatio Helvetica kristallisierte. Kontingente Traditionsbestände wurden damals

---

[3] De Vries, Johan, *The Netherlands Economy in the Twentieth Century,* Assen 1978, S. 91. Die holländische Entwicklung ist überhaupt in vielem mit der schweizerischen vergleichbar.

[4] In diesem Sinne spricht Hans Ulrich Jost vom «Mythos vom harten Schweizer Franken», der zusammen mit der «Bedeutung des Finanzplatzes [...] absolute Priorität» genossen habe. Ders., «Bedrohung und Enge», in *Geschichte der Schweiz – und der Schweizer,* hg. vom Comité pour une Nouvelle Histoire de la Suisse, Bd. 3, Basel 1983, S. 102.

[5] Hettling, Manfred, «Bürgerlichkeit. Eine ungesellige Geselligkeit», in Ders. et al., *Eine kleine Geschichte der Schweiz,* Frankfurt a. M. 1998, S. 227 ff.

[6] Eichengreen, Barry, *Vom Goldstandard zum EURO. Die Geschichte des internationalen Währungssystems,* Berlin 2000, S. 12.

[7] Brassel-Moser, Ruedi, *Dissonanzen der Moderne. Aspekte der Entwicklung der politischen Kulturen in der Schweiz der 1920er Jahre,* Zürich 1994.

in einer neuralgischen, krisenhaften Phase schweizerischer Gesellschaftsentwicklung zu einem kohärenten Ensemble nationaler Selbstinterpretationen zusammengefügt.[8] Eine durch die Bedrohung von aussen verstärkte innenpolitische Konvergenz ermöglichte es, die seit längerem feststellbare Angleichung währungspolitischer Leitbilder zu beschleunigen, was wiederum von entscheidender Bedeutung für die Stellung des Schweizer Frankens als eines internationalen Transaktions- und Anlagemediums war. Im *vierten Kapitel* wird auf die im Titel aufgeworfene Frage nach dem Zusammenhang zwischen nationalem Mythos und starker Währung eingegangen. Dabei fällt auf, wie schicksalhaft in der Schweiz Banken und Franken mit Land und Leuten verknüpft schienen. Die Analyse der mythischen Qualität des «starken Frankens» ruft deshalb nach der Frage, wie sich das diskursive Dispositiv der «geistigen Landesverteidigung» und die politische Rhetorik der «gesunden Währung» damals gegenseitig beeinflussten. Diesbezüglich versucht dieser Aufsatz neue Interpretationsmuster auszuloten. Die Internationalisierung des schweizerischen Finanzplatzes, wie sie seit dem Ersten Weltkrieg verstärkt zu beobachten ist, stärkte vor allem dessen Drehscheiben- und Depotfunktion. Entgegen dem Eindruck, den die Diskussionen um die Schaffung des ersten schweizerischen Bankengesetzes 1934/35 vermitteln, resultierte die entscheidende Wachstumsdynamik des Bankensektors seit Ende der 1920er-Jahre weniger aus dem nationalen Sparpotential und dem darauf basierenden traditionsreichen helvetischen Kapitalexport als aus der Kapitalflucht in die Schweiz und dem raschen Ausbau der Vermögensverwaltung. In dieser Hinsicht waren Stabilität und Diskretion die entscheidenden kompetitiven Vorteile, die der schweizerische Finanzplatz gegenüber Mitkonkurrenten ausspielen konnte. Um diese Eigenschaften in ein komplexitätsreduzierendes «Systemvertrauen»[9] umzusetzen, bedurfte die Schweiz einer klaren Botschaft nach aussen. Mit Blick auf die Aussenwahrnehmung ist deshalb zu fragen, wie sich das Bild nationaler Zuverlässigkeit, Stabilität, Sicherheit und Qualität auf die Anziehungskraft der Schweiz als eines Horts für Fluchtkapital auswirkte und wie das Image des «neutralen Kleinstaates» banktechnisch valorisiert werden konnte. Fungierte das «Schweizeralpen-

---

[8] Siegenthaler, Hansjörg, «Die Rede von Kontinuität in der Diskontinuität des sozialen Wandels – das Beispiel der dreissiger Jahre», in Brändli, Sebastian et al. (Hg.), *Schweiz im Wandel. Studien zur neueren Gesellschaftsgeschichte,* Basel 1990, S. 419–434.

[9] Luhmann, Niklas, *Vertrauen. Ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität,* Stuttgart 1973, S. 23.

land» als imaginärer Attraktor, der nicht nur Touristen, sondern auch Geldströme aus aller Welt in den kleinen «Gotthardstaat» lenkte? Welche semantischen Analogien bestanden zwischen dem Klischee der bankgeheimnisgehärteten Vermögensbastion der Steuerflüchtlinge und der stereotypen Bilderwelt der Alpen als eines natürlichen Fortifikationssystems. Was hat der *coffre-fort* in mentaler Hinsicht mit dem *réduit national* zu tun? War das gefestigte Vertrauen in den Schweizerfranken gleichsam ein Derivat einer internationalen Ausstrahlung des «Mythos Schweiz»?

Diese Fragen bedürfen einer doppelten Präzisierung: *Erstens* werden sie nicht in der Absicht gestellt, nationale Mythen in ideologiekritischer Absicht als vorgeschobene Kulisse für hintergründige Geschäfte zu denunzieren. Es wird auch nicht versucht, traditionelle wirtschaftsgeschichtliche Erklärungsmodelle, die davon ausgehen, dass es für einen Kleinstaat wie die Schweiz generell schwierig war, Alternativen zum Goldstandard zu entwickeln, auszuhebeln und durch eine «kulturalistische» Analyse zu ersetzen. Vielmehr geht es um die Aufgabe, Synergieeffekte zu untersuchen, die sich aus dem Zusammenwirken von rechtlich-institutionellen Rahmenbedingungen, politischen Kräfteverhältnissen, wirtschaftlichen Wachstumsvoraussetzungen und mentalen Konstrukten ergeben – und der «starke Schweizer Franken» lässt sich ohne das Positivsummenspiel zwischen diesen Faktoren, das der neutrale Kleinstaat in Gang halten konnte, nicht erklären.[10] *Zweitens* muss darauf geachtet werden, dass sich keine teleologische Geschichtsbetrachtung bzw. keine retrospektive «Begradigung» der historischen Entwicklung in dem Sinne ergibt, als Phänomene, die sich in der Nachkriegszeit beobachten lassen, in die Zwischenkriegszeit zurückprojiziert werden. Die Schweiz der Nachkriegszeit ist gerade in ihrem staatlichen Selbstverständnis und ihrem Sonderfallsyndrom weitgehend ein Produkt des Zweiten Weltkriegs. Das Bild des Reduit setzte sich damals in den Köpfen fest. Die Kriegsjahre

---

[10] Zur Wirtschaftskrise und Währungspolitik der 1930er-Jahre gibt es einige neuere Studien: Baumann, Jan; Halbeisen, Patrick, *Die Internationalisierung des Finanzplatzes Schweiz und ihre Folgen für die Währungspolitik: Konsens und Konflikte zwischen der Nationalbank und den Geschäftsbanken 1919–1939*, Zürich (unveröffentlichtes Manuskript) 2000. «La crise des années '30/Die Krise der 30er Jahre», in *traverse* 1/1997. Hug, Peter, «Steuerflucht und die Legende vom antinazistischen Ursprung des Bankgeheimnisses. Funktion und Risiko der moralischen Überhöhung des Finanzplatzes Schweiz», in Tanner Jakob; Weigel Sigrid, *Gedächtnis, Geld und Gesetz. Vom Umgang mit der Vergangenheit des Zweiten Weltkrieges*, Zürich (im Erscheinen). Cassis, Youssef; Tanner, Jakob (Hg.), *Banken und Kredit in der Schweiz (1850–1930/Banques et crédit en Suisse (1850–1930)*, Zürich 1993.

stellten jedoch auch eine katalytische Phase dar, in der sich Prozesse beschleunigten und Deutungsmuster verdichteten, die damals schon eine lange Geschichte aufwiesen und durch die «geistige Landesverteidigung» der 1930er-Jahre in eine neue Sinnkonfiguration gerückt worden waren. So kohärent die Mythenmaschine des Gotthardstaates funktionierte, so kontingent waren das Auftauchen und die Ausgestaltung der Bauelemente, aus denen sie zusammengesetzt war. Die Archäologie des *réduit national* und die Genese des Bankgeheimnisses sind nicht kausal verknüpft – doch seit dem Zweiten Weltkrieg besteht zwischen den beiden Einrichtungen eine enge Wechselwirkung, die – wie der historische Rückblick zeigt – in der Zwischenkriegszeit vorbereitet und ausgetestet wurde.

II. Szenen einer Abwertung: vom Dissens zur Integration

Seit dem Herbst 1929 schwebte das Damoklesschwert einer schweren Depression über der Weltwirtschaft. Doch erst das Jahr 1931 markierte den Umbruch der internationalen Konjunktur. Die durch eine restriktive Geldpolitik in verschiedenen Ländern verschärfte Krisenentwicklung erhielt nun ein globales Drehmoment.[11] Damit wurde eine Drosselung des Kapitalverkehrs, eine Bankenkrise und ein Zusammenbruch internationaler Gütermärkte ausgelöst.[12] Die Arbeitslosigkeit stieg in den meisten europäischen Industrieländern und in den USA auf die politische Schmerzgrenze an.[13] Der in den

---

[11] Bernanke, Ben; James, Harold, «The Gold Standard, Deflation and Financial Crisis in the Great Depression: An International Comparison», in Hubbard, Glenn (Hg.), *Financial Markets and Financial Crises,* Chicago 1991, S. 33–68.

[12] Für einen Überblick vgl. Eichengreen, B., (Anm. 6), S. 69 ff.. Bernanke, B.; James, H., (Anm. 11), S. 33–68. Kindleberger, Charles P., *The World in Depression, 1929–1939,* revised and enlarged edition, Berkely 1986. Für die Schweiz siehe: Kneschaurek, Francesco, *Der schweizerische Konjunkturverlauf und seine Bestimmungsfaktoren. Dargestellt auf Grund der Periode 1929–1939,* Zürich/St. Gallen 1952. Rutz, Wilfried, *Die schweizerische Volkswirtschaft zwischen Währungs- und Beschäftigungspolitik in der Weltwirtschaftskrise – wirtschaftspolitische Analyse eines Zielkonflikts,* Zürich 1970. Faber, Sophie, *Die Ursachen der Deflation in der Schweiz in den dreissiger Jahren* (unveröffentlichtes Manuskript) 1997. Faber stellt fest, dass die schweizerische Geldpolitik auf Grund starker Kapitalzuflüsse bis 1931 nicht kontraktiv war.

[13] Vgl. Eichengreen, Barry; Hatton, T. J. et al. (Hg.), *Interwar unemployment in international perspective,* Dordrecht 1988.

1920er-Jahren unter enormen Schwierigkeiten rekonstruierte Goldstandard[14] war diesen Belastungen nicht gewachsen. Seit der Pfundabwertung im September 1931 war die Gruppe jener Länder, die noch an der Goldparität festhielten, durch eine Kaskade von Abwertungen oder – wie der schweizerische Bundesrat bemerkte – durch eine «wahre Epidemie der Geldentwertung» dezimierte worden, und zusätzlich führte eine grosse Anzahl von Ländern unter deutscher Führung eine Devisenzwangsbewirtschaftung ein.[15] Für eine kleine, offene, aussenwirtschaftlich verflochtene und deshalb stark auslandabhängige Volkswirtschaft wie diejenige der Schweiz war dies eine bedrohliche Entwicklung, die ambivalente Rückwirkungen auf die Zahlungsbilanz hatte.[16] Bundesrat Edmund Schulthess kommentierte die Entwicklung folgendermassen: «Aus der Wirtschaftskrise drohte eine Finanz- und Kreditkrise herauszuwachsen. So schloss sich aus Wirkungen und Rückwirkungen ein verhängnisvoller Ring, der unser Land zu erdrosseln drohte.»[17] Die Schweiz wählte angesichts dieser schwierigen Situation eine pragmatische Doppelstrategie: Trat sie auf der einen Seite als Schrittmacherin beim Abschluss bilateraler Clearingabkommen mit Deutschland und weiteren auf

---

[14] Schon Mitte der 1920er-Jahre war die Schweiz faktisch zur Goldwährung zurückgekehrt. Nachdem die Schweizerische Nationalbank (SNB) 1925 bekannt gegeben hatte, dass sie den Schweizer Franken wieder innerhalb der Goldpunkte halten werde, wurde mit der Auflösung der Lateinischen Münzunion auf Ende 1926 der Weg frei für die gesetzliche Wiedereinführung der Goldwährung. Die Novelle vom 20. 12. 1929 zum Nationalbankgesetz und das Münzgesetz vom 3. 6. 1931 kodifizierten die bereits seit längerem praktizierte Währungspolitik. (Vgl. *Die Schweizerische Nationalbank 1907–1957,* Zürich 1957, S. 257).

[15] Von der Pfundabwertung bis zur Dollarabwertung 1933 existierten innerhalb des internationalen Währungssystems drei Blöcke nebeneinander: der Goldblock unter der Führung der USA, der Sterlingblock und die Länder mit einer Devisenbewirtschaftung (Deutschland und mittel- sowie osteuropäische Länder). Vgl. Eichengreen, B., (Anm. 6), S. 75. Abb. 3.1, S. 73 zeigt, dass der Goldstandard um die Mitte der 1920er-Jahre wieder hergestellt war, wenn auch mit inhärenten Schwächen. Ab 1931 setzte eine rasche Zerfallsbewegung ein. Siehe auch *Journal of European Economic History. Special Issue on Banks and Industry in the Interwar Period,* 12, (2), 1984.

[16] Zur Auseinandersetzung um die statistischen Grundlagen für eine schweizerische Zahlungsbilanz vgl. Baumann, J.; Halbeisen, P., (Anm. 10). Frühe Schätzungen finden sich in Stauffacher, Werner, *Der schweizerische Kapitalexport unter besonderer Berücksichtigung der Kriegs- und Nachkriegsperiode,* Glarus 1939. Kellenberger, Eduard, *Kapitalexport und Zahlungsbilanz,* Bd. 1, Bern 1939. Gasser, Christian; Meyer, Werner, *Der schweizerische Kapitalmarkt,* Teil II, Zürich 1952. Iklé, Max, *Die Schweiz als internationaler Bank- und Finanzplatz,* Zürich 1970.

[17] Schulthess, E. (Anm. 1), S. 461.

Protektionismus und Autarkie setzenden Staaten in Erscheinung,[18] so setzte sie sich auf der anderen Seite geradezu missionarisch für die Erhaltung des Goldstandards ein. Nach der Dollarabwertung im April 1933 formierte sich der Goldblock, dem neben der Schweiz Frankreich, Italien, Belgien, Holland und Polen angehörten. Die krisenhafte Entwicklung wurde von einer Zunahme kurzfristiger Kapitalbewegungen und einer Expansion der internationalen Finanzmärkte begleitet. Eine mobile, volatile Spekulation spezialisierte sich auf Baisse-Attacken gegen abwertungsverdächtige Währungen; auch der Schweizer Franken geriet mehrere Male unter Druck. Zu Beginn des Herbstes 1936 gab es gerade noch drei Länder, die in einer von krisenhaften Umbrüchen geprägten Weltwirtschaft unbeirrt am Goldstandard festhielten: Frankreich, die Schweiz und Holland. Am 27. September dieses Jahres war das Ende dieses residualen «Goldblocks» besiegelt.[19] «Die Abwertung ist Weltschicksal, die Schweiz konnte ihm sowenig entgehen wie irgend ein anderes Land», bemerkte Edmund Schulthess, und fügte mit Blick auf die gescheiterte Deflationspolitik hinzu: «Wir verrichteten Sisyphusarbeit und konnten trotz aller Mühe aus den Schwierigkeiten nicht herauskommen.»[20]

---

[18] 1934 schloss die Schweiz mit Deutschland einen Clearingvertrag und akzeptierte den gebundenen Zahlungsverkehr. Vgl. Hug, Peter; Kloter, Martin, «Der ‹Bilateralismus› in seinem multilateralen Kontext», in Dies. (Hg.), *Aufstieg und Niedergang des Bilateralismus. Schweizerische Aussen- und Aussenwirtschaftspolitik 1930–1960: Rahmenbedingungen, Entscheidungsstrukturen,* Fallstudien, Zürich 1999, S. 13–139.

[19] Ein Vergleich Holland – Schweiz zeigt, dass in Holland ähnliche Widerstände gegen die Abwertung, die mit «Chaos» assoziiert wurde, herrschten; wie in der Schweiz muss von einem gescheiterten Versuch einer deflatorischen Anpassung des Lohn-Preis-Niveaus gesprochen werden. Zur Entwicklung in Holland vgl. Klemann, Hein A. M., «The International Economic Relations of Small Countries in the 1930s. Belgium and the Netherlands», in Myllyntaus, Timo (Hg.), *Economic Crisis and Restructuring in History. Experiences of Small Countries,* St. Kathrinen 1998, S. 145–168. Jonker, Joost, «Spoilt for Choice? Banking Concentration and the Structure of the Dutch Capital Market, 1900–40», in Cassis, Youssef; Feldman, Gerald D.; Olsson, Ulf (Hg.), *The Evolution of Financial Institutions and Markets in Twentieth-century Europe,* Aldershot 1995, S. 187–208. Interessant ist, dass Belgien, wo sich die Linke innenpolitisch stärker durchsetzte, bereits 1935 abwertete.

[20] Schulthess, E. (Anm. 1), S. 474. Vgl. Arlettaz, Gérald, «Crise et déflation. Le primat des intérêts financières en Suisse au début des années 1930», in *Relations internationales,* Nr. 30, 1982, S. 159 ff.

Die definitive Demontage des alten Goldstandards weist eine hohe Symptomatik auf und soll hier kurz rekonstruiert werden.[21] Das Geschehen nahm am Donnerstag, dem 24. September seinen Lauf. Spät abends erhielt der freisinnige Bundespräsident und Finanzminister Albert Meyer hohen Besuch aus Paris. Ein Mitglied der französischen Volksfrontregierung, Wirtschaftsminister Charles Spinasse, war eigens nach Bern gekommen, um die schweizerische Regierung im Beisein des Präsidenten der Generaldirektion der Schweizerischen Nationalbank (SNB), Gottlieb Bachmann, und des Chefs der Abteilung für Auswärtiges des Eidgenössischen Politischen Departements, Pierre Bonna, über eine prekäre Zuspitzung der Finanzlage zu unterrichten und mitzuteilen, dass Frankreich gezwungen sein werde, seine Währung um 30% abzuwerten.[22] Am Freitag setzten im Bundesrat explorative Diskussionen über die möglichen Rückwirkungen dieses Entscheids in der Schweiz ein. Bundesrat Hermann Obrecht, der Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements, hatte zu diesem Zeitpunkt – wie der schweizerische Bauernführer Ernst Laur in seinen Memoiren schrieb – «die Mehrheit seiner Kollegen für die Abwertungspläne bereits gewonnen».[23] Doch am Abend «hiess es noch, der Bundesrat habe die Abwertung abgelehnt». Tags darauf, am 26. September, fand die entscheidende ausserordentliche Sitzung des Bundesrats statt. Im Vorgespräch erklärte Bachmann nochmals, die SNB sehe kein strukturelles Ungleichgewicht, ein Abwertungsbedarf sei nicht gegeben und der beabsichtigte französische Schritt würde den Kurs der schweizerischen Valuta «in keiner Weise [...] unhaltbar machen», denn «dazu sei die [...] Stellung der Nationalbank zu solid, die Lage der Banken im allgemeinen wieder ziemlich normal und auch der eidgenössische Staatshaushalt weise [...] keine Anzeichen besonderer Gefahr auf». Zudem werde – entgegen der Insinuation von Spinasse, der erklärt hatte, er habe diesbezüglich «gute Nachrichten» – «Holland den Gulden nicht abwerten». «Diese Feststellung ergebe sich aus verschiedenen telephonischen Erkundigungen an zuständiger Stelle in Holland sowie auch aus einer direkten Erklärung, die der Gouverneur der holländischen Notenbank, Herr Trip, telephonisch dem

---

[21] Zur Faktenchronologie vgl. Bebié, Rudolf, *Die Abwertung des Schweizer Frankens. Ursachen, Durchführung und erste Auswirkungen*, Zürich 1939. Renou, Pierre, *La dévaluation du franc suisse. Ses causes, ses effets, son enseignement*, Bordeaux 1939.

[22] Protokoll des Bundesrats vom 26. September 1936, in *Diplomatische Dokumente der Schweiz 1848–1945*, Bd. 11 (1934–1936), Bern 1989, S. 861 ff.

[23] Laur, Ernst, *Erinnerungen eines schweizerischen Bauernführers*, Bern 1943, S. 225.

Sprechenden soeben abgegeben habe.»[24] Nachdem Meyer in seiner Eigenschaft als Finanzminister die versammelten Bundesräte nochmals eindringlich vor einer Abwertung gewarnt hatte, «die nicht nur nicht notwendig sei, sondern im Gegenteil unabsehbare Schadensfolgen für das Land haben könne», ging die Regierung zur Beschlussfassung über. Meyer legte dem nun exklusiv beratenden Kollegium eine vorbereitete Erklärung vor, die festhielt, eine solche Massnahme käme «für unser Land nicht in Betracht». Der Bundesrat werde vielmehr «den Schweizerfranken aufrecht erhalten und die bisherige Währungspolitik unverändert fortsetzen». Doch die Meinungen waren gemacht und der Finanzminister wurde nur noch von Johannes Baumann, dem Vorsteher des Justiz- und Polizeidepartements, unterstützt, während die restlichen fünf Kollegen pragmatisch und mit dem Argument, die Schweiz dürfe «nicht länger eine Preisinsel bleiben», für die Abwertung optierten. Als der Direktoriumspräsident der Nationalbank nach der Abstimmung wieder hereingebeten wurde, musste er «mit grossem Bedauern Kenntnis vom Beschluss [nehmen], den der Rat soeben gefasst» hatte.

Nun setzte unverzüglich ein mustergültiger Konsensbildungsprozess ein. Zuerst willigte der Direktoriumspräsident der SNB, der zunächst bei der Umsetzung des Abwertungsentscheids in den Ausstand treten wollte, ein, «seine Mitarbeit [...] dem Lande in diesem schwierigen Augenblick nicht vorzuenthalten». Auf Drängen des Rates erklärte sich anschliessend auch der Bundespräsident bereit, «sich dem Willen der Mehrheit zu unterziehen und aus Pflichtbewusstsein und Verantwortungsgefühl gegenüber Volk und Land heraus in dieser schweren und entscheidenden Stunde das seinige beizutragen, um den Beschluss sowohl vor dem Volke als vor dem Parlament zu vertreten und ihm die Zustimmung aller zu sichern». Die Bundesratskollegen verdankten diese «patriotische und disziplinierte Haltung» und gaben ihrem

---

[24] Laur, E. (Anm. 23), S. 863. Als Frankreich am 25. September 1936 abwertete und die Schweiz einen Tag darauf nachzog, musste Holland einsehen, dass es den Goldstandard nicht alleine verteidigen konnte; am 27. September zog es nach. Auch zu diesem Zeitpunkt war es schwierig, den Premierminister H. Colijn von der Richtigkeit der Massnahme zu überzeugen. Mit dem Abwertungsbeschluss klärte sich auch in diesem Land die Lage. Der Gulden fiel um ca. 20%, Holland ging allerdings im Gegensatz zur Schweiz zum Floating über. Ein neu gegründeter Währungsausgleichsfonds musste unliebsame Fluktuationen verhindern helfen. Dieser Fonds war in der Hand der Regierung, was hiess, dass die Notenbank die Kontrolle über die Währung verloren hatte. Dabei ist zu sehen, dass die Finanzpolitik die Rolle der Geldpolitik vor 1936 übernahm und sie mit derselben Rigidität durchführte. Vgl. de Vries, J. (Anm. 3), S. 89 f.

Primus inter Pares den Auftrag, am Sonntag eine kurze Radioansprache in dieser Angelegenheit zu halten.[25] Am Montag wurde der Schlussstein in das Konsenswerk gesetzt. Es ging um die politisch heikle Frage, ob das Parlament vom Entscheid bloss Kenntnis nehmen oder ob mit diesem Akt eine «Zustimmigkeitserklärung» verbunden werden solle. Die ständerätliche Finanzkommission hatte mehrheitlich beschlossen, es sei von Seiten des Bundesrats nur ein einfaches Zurkenntnisnehmen zu beantragen. Als Abwertungsgegner hätte Bundespräsident Meyer sich mit diesem Vorgehen einverstanden erklären können. Andere Bundesratsmitglieder erhoben jedoch dezidierten Einspruch gegen eine derartige Unverbindlichkeit. Der Vorsteher des Departements des Innern, Philipp Etter, verlangte, dass sich «die gesetzgebende Behörde [...] in dieser schicksalsschweren Stunde zum Bundesrat bekenne und sich nicht durch die Ablehnung einer ausdrücklichen Zustimmung vom Abwertungsbeschluss distanziere. Sonst gehe die Schweiz den schwersten Erschütterungen und einer sehr ungewissen Zukunft entgegen.»[26] Dieser Vorschlag fand zunächst im Bundesrat und dann auch im Parlament die Mehrheit. Das politische Establishment übte sich in demonstrativer Geschlossenheit.

In der Öffentlichkeit prallten Kontra- und Pro-Kommentare zunächst noch unversöhnlich aufeinander. Während die Anhänger der Freigeldlehre die Abwertung geradezu enthusiastisch begrüssten, gaben sich die Promotoren eines harten Schweizer Frankens schockiert. Jeglichen Verständnisses für diesen Schritt bar, sprach etwa die *Finanz-Revue* von einem «wirtschaftlichen Staatsstreich» und einem «Landesunglück».[27] Auch die vom Gang der Ereignisse überrumpelten Abwertungsgegner in der SNB erholten sich nicht so rasch, wie dies nach aussen hin den Anschein machte. Der einflussreiche (in Österreich geborene) Zürcher Bankier und Ökonom Felix Somary schreibt in seinen Lebenserinnerungen, sein «aufs tiefste getroffene[r]» Freund Bachmann hätte ihm anvertraut: «Noch vor zehn Jahren hätte man die Abwertung bei einer Notenbank, die hundert Prozent Golddeckung hat, betrüge-

---

[25] Protokoll des Bundesrats vom 26 September 1936 (Anm. 22), S. 865.

[26] *Idem*, S. 868.

[27] *Finanz-Revue*, 16. Jg, Nr. 40 (30. September 1936).

rischen Bankrott genannt. Heute heisst das Kaufkrafttheorie.»[28] Und der Bauernführer Ernst Laur stellte (rückblickend) fest:

> «Die Mutter Helvetia [...] musste von ihrem Ehrenplatze, dem Sitz für Treu und Glauben, herabsteigen. [...] Ja! das wäre eine Grosstat gewesen, wenn [...] unsere Währung der feste Pol geblieben wäre, an dem sich die Währungen der ganzen Welt hätten ausrichten können.»[29]

Doch die Zerknirschung löste sich ebenso rasch, wie Euphorie sowie Protest verhallten. Auch die Verunsicherung weiter Bevölkerungskreise hatte nicht lange Bestand. Dass hier zunächst – wie die SNB in einem historischen Rückblick bemerkte – «Überraschung und Bestürzung»[30] herrschte, war das Resultat einer propagandistischen Aufladung des Themas in den vorangehenden Jahren. Insbesondere Desinformationen über die bei einer Valutadevaluation zu erwartenden horrenden Wertverluste auf Kleinsparerbatzen weckten weithin Besorgnis. Ziemlich genau ein Jahr vor dem Abwertungsbeschluss, am 10. September 1935, hatte der Direktor der Lebensversicherungs- und Rentenanstalt, Hans König, an einer Aussprache der Vereinigung für gesunde Währung über die «Richtlinien zur schweizerischen Währungspolitik» erklärt, es gelte, «dem Volk klar zu machen, was eine Währungsabwertung für Folgen haben könnte». Am schlimmsten würde «eine solche Manipulation» die Sparer treffen: «Für sie ist eine Abwertung ein grenzenloser Raub am Spargut der Besten unseres Volkes. [...] Weiss das das Volk, dann wird es zu unserem Bundesgenossen im Kampf für eine gesunde Währung.»[31]

In der Schweiz, wo der Schutz des Eigentums wenn auch nicht in der Verfassung, so doch im *ordre public* tief verankert war, mussten solche Warnungen namhafter Wirtschaftsvertreter vor einem gesetzlich sanktionierten «Raub» beunruhigend wirken. Die Erklärung, die der Bundesrat unmittelbar nach dem Abwertungsentscheid abgab, wirkte überzeugend. Am Tag des Abwer-

---

[28] Somary, Felix, *Erinnerungen aus meinem Leben,* Zürich (o. J.; Vorwort 1955), S. 240.

[29] Laur, E. (Anm. 23), S. 226.

[30] *Die Schweizerische Nationalbank 1907–1957,* Zürich 1957, S. 118.

[31] Archiv der SNB, Protokoll Vereinigung für gesunde Währung, Aussprache vom 10. 9. 1935, S. 8.

tungsbeschlusses erläuterte Bundespräsident Meyer im Radio die paradoxe Botschaft folgendermassen: «Der Schweizerfranken ist abgewertet, aber ein Schweizerfranken bleibt ein Schweizerfranken.»[32] Und in ihrem bereits am 28. September 1936 veröffentlichten Bericht stellte die Landesregierung fest:

> «Schliesslich sei hervorgehoben, dass der Schweizerfranken im innern Verkehr bleibt. Für den Gläubiger wie den Schuldner gilt das bisherige Verhältnis. Die Einlagen der Sparer bleiben unbehelligt und unverkürzt. Ein Grund zur Beunruhigung liegt nicht vor.»[33]

Es wurde weiter bemerkt, in zahlreichen Ländern, in denen abgewertet worden sei, habe sich «die Operation in Ruhe vollzogen und in einem so sehr an Freiheit gewöhnten, dabei aber disziplinierten Volke wie dem englischen» sei sie «fast reibungslos» vor sich gegangen.[34] Wie sollte es da in der ordnungsliebenden Schweiz anders sein?

Die Abwertung war ein Erfolg, dies in doppelter Hinsicht. Nach *aussen* stand das Vertrauen in die Stabilität der Schweizer Frankens auf dem Spiel. Wird die zunehmende Rolle des helvetischen Finanzplatzes bei der Verwaltung von Vermögen und ihre (direkt damit zusammenhängende) Funktion als leistungsfähige internationale Kapitaldrehscheibe in Rechnung gestellt,[35] so zeigt sich, dass Finanzgläubiger, die Frankenwerte hielten, und insbesondere auch jene ausländischen Anleger, die schweizerische Banknoten Wertpapieren gleich in Safes deponiert hatten, von einer einseitigen Frankenabwertung negativ tangiert worden wären. Wie gravierend insbesondere das Problem der mannigfach motivierten Kassenhaltung und Notenhortung[36] war, erschliesst

---

[32] Zitiert nach Laur, E. (Anm. 23), S. 224.

[33] Bericht des Bundesrats (Anm. 2), S. 698.

[34] *Ibid.*

[35] Die städtischen Bankplätze, die auf lange Traditionen zurückblickten, wurden erst im Verlauf des 20. Jahrhunderts in einen schweizerischen Finanzplatz integriert. Vgl. dazu Ritzmann, Franz, *Die Schweizer Banken*, Bern 1973. Iklé, M. (Anm. 16). Cassis, Youssef; Tanner, Jakob, «Finance and Financiers in Switzerland, 1880–1960» in Cassis, Youssef (Hg.), *Finance and Financiers in European History, 1880–1960*, Cambridge 1992, S. 293–316.

[36] Zur mangelnden Trennbarkeit zwischen Kassenhaltung und Notenhortung vgl. Ackermann, E., «Thesaurierung», in *Handbuch der schweizerischen Volkswirtschaft*, Bd. II, Bern 1939, S. 421.

sich nicht nur aus der Tatsache, dass die Tausendernotenquote am Papiergeldumlauf immer wieder signifikant stieg,[37] sondern auch aus der aktiven Bekämpfung dieses Phänomens; die Banken verpflichteten sich im November 1937 gegenüber der SNB, keine Banknoten mehr in offenen Depots von Ausländern zu verwahren.[38] Schätzungen der SNB ergaben, «dass der Betrag der thesaurierten Noten zeitweise vielleicht ebenso hoch war wie der der tatsächlich umlaufenden Noten»; dazu kam die Beobachtung, «dass die Hortung schweizerischer Banknoten keineswegs vor der Landesgrenze» haltmachte.[39] So war auch der monetäre Kontraktionseffekt nach 1931 nicht durch eine restriktive Geldpolitik der SNB, sondern durch die grosse Nachfrage der Banken sowie des in- und ausländischen Publikums nach «flüssigen Mitteln» verschuldet, wodurch sich die bestehende Unsicherheit krisenverschärfend auf die schweizerische Volkswirtschaft auszuwirken begann.[40]

Die Konstellation, die sich im September 1936 einstellte, war günstig. Die Kapitalfluchtgeografie und die suprastaatlich konzentrierte Währungspolitik (wie sie im September 1936 im Vorfeld der französischen Abwertung zustande kam) waren optimal auf die schweizerische Abwertung abgestimmt. Steuervermeidungspraktiken, Kapitalflucht und *hot money* führten zu einer Vielzahl von Transaktionen zwischen dem schweizerischen Finanzplatz und umliegenden Ländern, insbesondere Frankreich sowie Italien. Vor allem die massiven Absetzbewegungen, welche die Volksfrontregierung beim französischen Besitzbürgertum provozierte und die im Sommer 1936 in den Massenmedien auf 25 Milliarden Francs geschätzt wurden, bildeten den wichtigsten Wachstumsmotor des auf Diskretion verpflichteten und durch das Bankgeheimnis wirksam geschützten Private Banking in der Schweiz.[41] Hätte der Bundesrat nach der Franc-Abwertung an der Goldparität festgehalten, so wären französische und kurze Zeit danach auch italienische cash-holder oder

---

[37] Bebié, R. (Anm. 21), S. 18 ff.. SNB 1957 (Anm. 14), S. 258. Vgl. auch Faber, S. (Anm. 12), S. 8.

[38] *Die Schweizerische Nationalbank* (Anm. 14), S. 247.

[39] *Idem*, S. 258.

[40] Halbeisen, Patrick, «Bankenkrise und Bankengesetzgebung in den 30er Jahren», in Guex, Sébastien et al. (Hg.), *Krisen und Stabilisierung. Die Schweiz in der Zwischenkriegszeit*, Zürich 1998, S. 61–79, hier S. 62; der Autor bezieht sich auf Faber, S. (Anm. 12), S. 7 f.

[41] Vgl. dazu den grundlegenden Aufsatz von Hug, P. (Anm. 10).

Inhaber von Konten bei Schweizer Banken massiv belohnt worden. Ein frühes Ausscheren der Schweiz aus dem Goldblock hätte sie umgekehrt im selben Ausmass bestraft. So lässt sich erklären, weshalb die schweizerische Regierung exakt zum Zeitpunkt, als die französische Abwertung beschlossene Sache war, die eigene Valuta ebenfalls abwertete. Gegenüber Italien ergaben sich für kurze Zeit starke Verwerfungen, die nach der 40%igen Abwertung der italienischen Lira im Oktober 1936 jedoch wieder verschwanden.[42]

Die Abwertung wirkte sich auch positiv auf die Beschäftigungssituation und den Kapitalmarkt *innerhalb* der Schweiz aus.[43] Die Erwartung des Bundesrates, die Massnahme würde «eine allgemeine Entspannung der Gemüter, eine Verstärkung des Vertrauens in die Zukunft, eine Verflüssigung des Geld- und Kapitalmarkts und eine allmähliche Belebung von Handel und Wandel zum Wohle des ganzen Volkes»[44] bringen, erfüllten sich rasch. Die schweizerischen Bankunternehmen und Vermögensanleger, welche die Abwertung durch die Flucht in Gold und Devisen antizipierten und damit das begingen, was die *Finanz-Revue* als «Landesverrat der inländischen Spekulation» bezeichnete, konnten ihre finanzielle Situation konsolidieren.[45] Laur kommentierte die Lage folgendermassen: «Die Banken mit ihren grossen Goldbeständen und die auf Abwertung spekulierenden Kapitalisten strichen schmunzelnd ihre viele hundert Millionen betragenden Gewinne ein.»[46] Was den Konjunkturverlauf betrifft, so ist festzuhalten, dass das Krisentief im Herbst 1936 bereits durchschritten war. Die wirtschaftliche Erholung war

---

[42] Carcciolo, Alberto (Hg.), *La Banca d'Italia tra l'autarchia e la guerra 1936–1945* (= Collana storica della Banca d'Italia, Documenti, Vol. IX), Roma 1992, S. 16. Der Abwertungssatz betrug 40%.

[43] Die positive Bilanz der Abwertung ist auch darauf zurückzuführen, dass der Bundesrat dem auf Grund der Verteuerung der Importgüter erwarteten Preisauftrieb im Inland durch «eine Verschärfung der Preiskontrolle sowie eine Lockerung der Einfuhrkontingentierung» entschieden entgegentrat. Die Abwertung förderte den nicht gebundenen Aussenhandel, was gleichbedeutend war mit einer Strukturverschiebung von den vergleichsweise teuren Clearingmärkten zu den billigeren Beschaffungsquellen in Übersee. *Die Schweizerische Nationalbank* (Anm. 14), S. 31.

[44] Bericht des Bundesrats (Anm. 2), S. 698.

[45] *Finanz-Revue*, 16. Jg. Nr. 40, 30. 9. 1936.

[46] Laur, E. (Anm. 23), S. 226.

also weniger auf den konjunkturellen Stimulus der Abwertung als auf die Beschäftigungsimpulse der Aufrüstung im In- und Ausland zurückzuführen: «Die mächtige Totenhand der Kriegsrüstung musste mithelfen, die Schweiz aus dem beklemmenden Tal der Wirtschaftsdepression herauszuführen», schreibt Hans von Greyerz dazu im *Handbuch der Schweizer Geschichte.*[47] Die Tatsache, dass die im Sommer 1936 aufgelegte «Wehranleihe» stark überzeichnet wurde, hing weniger mit dem überbordenden Verteidigungswillen der Kapitalanleger als mit dem nüchternen Sachverhalt zusammen, dass diese Staatspapiere bei sinkenden Zinssätzen vergleichsweise gute Bedingungen boten.[48] Dies hinderte die offizielle Schweiz nicht daran, das Ereignis vielerorts mit dem Läuten der Kirchenglocken als Manifestation schweizerischer Wehrbereitschaft zu feiern. Hier zeigt sich ein grundlegendes Strukturmerkmal der Confoederatio Helvetica: Das Zusammenwirken von Geschäftsinteressen und Landesverteidigung war in der *longue durée* der entscheidende Faktor in der ausgezeichneten sicherheitspolitischen Performance des neutralen Kleinstaates im Katastrophenzeitalter zwischen 1914 und 1945.

III. «Stability culture», Sozialpartnerschaft und Konkordanzdemokratie

Der schweizerische Bundesstaat erweist sich im europäischen und internationalen Vergleich als ein äusserst stabiles Institutionengefüge. Es kam zu keinen krisenhaften Zusammenbrüchen des politischen Systems, und die grösste Herausforderung, der Landesstreik vom November 1918, hatte keinen Strukturbruch zur Folge, sondern war ein wichtiger Schritt auf dem Weg der Arbeiterbewegung in die Konkordanzdemokratie, deren Grundlagen sich in den 1930er-Jahren herausbildeten. Neuere Forschungsergebnisse zeigen, dass der schweizerische Finanzplatz einen «hohen Selbstregulierungsgrad»[49] auf-

---

[47] Bd. 2.2, Zürich 1980, S. 1195.

[48] Über die «Wehranleihe» von 1936, siehe Degen, Bernard, «‹Plebiszit mit dem Portemonnaie› oder ‹Plebiszit des Portemonnaies?›» in diesem Band.

[49] Halbeisen, P. (Anm. 40), S. 61.

wies. Das vorherrschende «markant liberale Konzept»[50] hatte während der Zwischenkriegszeit die «émergence d'une régulation para-étatique»[51] zur Folge, was wiederum mit einem insgesamt geringen Staatsinterventionismus in der Wirtschaft verbunden war.[52] Dies zeigte sich etwa beim ersten schweizerischen Bankengesetz, das in den Jahren 1934/35 als Reaktion auf eine gravierende und für den Bund kostspielige Bankenkrise zustande kam, und bei den zahlreichen Gentlemen's Agreements, mit welchen die SNB und die Schweizerische Bankiervereinigung Probleme auf dem Kapitalmarkt und in der Geldversorgung autonom ohne ein Dazwischentreten des Gesetzgebers lösten. Diese Autonomie vermochten die Banken während der ganzen Nachkriegszeit zu wahren.

Diese Konstellation setzt Gewerkschaften und Arbeiterparteien voraus, die ebenfalls auf eine «Tarifautonomie» der Sozialpartner gegenüber dem Staat setzen und die sich trotz einer ideologischen Sozialisierungsprogrammatik in antietatistisch-paritätische Konfliktregelungsmuster einbinden lassen. Das Friedensabkommen vom 19. Juli 1937, das eine unmittelbare Reaktion auf ein politisches Projekt zur staatlichen Zwangsschlichtung bei Kollektivstreitigkeiten war, dokumentiert diese Tendenz deutlich: die Verständigungsbemühungen zwischen Arbeiter und Unternehmern wurden als «modernes Rütli», als «Bundesbrief» und «Stanser Verkommnis» apostrophiert und als Ausdruck eines «Abwehrwillens gegen staatliche Einmischungen in die Industrieproduktion und ihre Eigeninteressen» interpretiert.[53] Eine solche Haltung zeichnete sich seit längerem ab. Zunehmende Affinitäten in Denkstrukturen und Interpretationsmustern bürgerlicher Gruppen und der organisierten Arbeiterbewegung ebneten seit Ende der 1920er-Jahre neuen Verfahren eines

---

[50] Senn, Nikolaus, «Der Einfluss bankengesetzlicher Bestimmungen auf die Entwicklung des schweizerischen Finanzplatzes», in Eidgenössische Bankenkommission (Hg.), *50 Jahre Eidgenössische Bankenkommission*, Zürich 1985, S. 243–256, hier S. 245.

[51] Sancey, Yves, «Place financière et émergence d'une régulation para-étatique durant l'Entre-deux-guerres», in Guex, Sébastien et al. (Hg.), *Krisen und Stabilisierung. Die Schweiz in der Zwischenkriegszeit*, Zürich 1998, S. 81–93.

[52] Tanner, Jakob, «Staat und Wirtschaft in der Schweiz. Interventionistische Massnahmen und Politik als Ritual», in Studer, Brigitte (Hg.), *Etappen des Bundesstaates. Staats- und Nationsbildung in der Schweiz, 1848–1998*, Zürich 1998, S. 237–259.

[53] Degen, Bernard, «Der Arbeitsfrieden zwischen Mythos und Realität», in *Arbeitsfrieden – Realität eines Mythos*, Widerspruch-Sonderband, Zürich 1987, S. 11–30, hier S. 11.

institutionalisierten, vertraglich abgesicherten collective bargaining den Weg. Bereits 1927 strich der Schweizerische Gewerkschaftsbund den Klassenkampfparagraphen aus seinen Statuten und in den 1930er-Jahren wurde dieser «Abschied vom Klassenkampf» «auf gesamtgesellschaftlicher Ebene relevant und verdichteten sich im sozialmarktwirtschaftlichen Modell zu einer zukunftsträchtigen Synthese».[54] 1933 kehrte der einflussreiche Sozialdemokrat Robert Grimm angesichts der autoritären Herausforderung durch den «Frontenfrühling» und der äusseren Bedrohung durch Hitlerdeutschland und das faschistische Italien die bisherige Maxime um. «Keine Demokratie ohne Sozialismus» wurde gewendet zu «Kein Sozialismus ohne Demokratie». Diese Parole, welche aus der Klassenkampfsemantik traditionellen Zuschnitts ausbrach, erwies sich als anschlussfähig gegenüber jenen bürgerlichen Kräften, die einen innenpolitischen Schulterschluss mit der Arbeiterbewegung gegen die Bedrohung durch Nationalsozialismus und Faschismus anstrebten.[55]

In den Jahren zuvor und insbesondere in der Auseinandersetzung um die Deflationspolitik und die «Kriseninitiative» (Initiative zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise), die von Banken und Industrie als «Staatsbankerottinitiative» denunziert wurde,[56] herrschten allerdings noch Spannungen vor, die durch das Generalstreiktrauma genährt wurden und durch eine kompromisslose Ausgrenzung der Linken aus der nationalen «Volksgemeinschaft» gekennzeichnet waren. Anlässlich der Begründung des ersten deflationspolitisch angelegten «Sparprogramms» im Jahr 1933 sprach die Landesregierung von ihrem Auftrag, «das feste Vertrauen in unsere Währung zu bewahren» und erklärte weiter: «Um den ausgezeichneten Kredit, den wir geniessen, zu bewahren und den Schweizerfranken unerschütterlich auf der Goldparität zu

---

[54] Zimmer, Oliver, «Die ‹Volksgemeinschaft›. Entstehung und Funktion einer nationalen Einheitssemantik in den 1930er Jahren in der Schweiz», in Imhof, Kurt et al. (Hg.), *Konkordanz und Kalter Krieg. Analyse von Medienereignissen in der Schweiz der Zwischen- und Nachkriegszeit* (= Krise und sozialer Wandel, Bd. II), S. 85–109, hier S. 104 f.

[55] Morandi, Pietro, *Krise und Verständigung. Die Richtlinienbewegung und die Entstehung der Konkordanzdemokratie 1933–1939*, Zürich 1995. Scheiben, Oskar, *Krise und Integration. Wandlungen in den politischen Konzeptionen der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz 1928–1936*. Ein Beitrag zur Reformismusdebatte, Zürich 1987.

[56] Baumann, J.; Halbeisen, P. (Anm. 10), S. 25 ff. Zur Finanzpolitik der Arbeiterbewegung siehe Perrenoud, Marc, «Aspects de la politique financière et du mouvement ouvrier en Suisse dans les années 1930» in diesem Band.

halten, müssen wir trotz aller Schwierigkeiten rechtzeitig die erforderlichen Massnahmen zur Lösung des Finanzproblems treffen.»[57] Darunter verstand der Bundesrat eine Politik des Budgetausgleichs von der Ausgabenseite her und den Verzicht auf eine Ausgestaltung des Staatshaushalts nach antizyklischen Gesichtspunkten. Wie ein guter Paterfamilias sollte der Staat zum Rechten sehen und eine Finanzpolitik im Zeichen des «sparsamen Hausvaters» betreiben.[58] Vorsicht und Sparsamkeit wurden überhaupt zu Qualitätsmerkmalen genuin helvetischen Wirtschaftens stilisiert:

> «Die auf langer Überlieferung beruhende vorsichtige Geschäftsführung, welche die Privatwirtschaft des Landes auszeichnet, legt uns unter den heutigen Verhältnissen die Pflicht auf, nach den gleichen Grundsätzen auch in der öffentlichen Verwaltung zu verfahren.»[59]

Diesem intentional hausväterlichen, jedoch funktional krisenverschärfenden Konzept einer auf Lohn- und Preissenkungen abzielenden «Anpassungspolitik» stellte die schweizerische Arbeiterbewegung eine aktive Konjunkturpolitik im Dienste von Beschäftigungszielen und sozialpolitischer Absicherung gegenüber. Dabei wurde das Primat der Goldparität der Währung nicht in Frage gestellt; Gewerkschaften und Sozialdemokratie forderten auch nach dem Scheitern der «Kriseniniative» im Urnengang vom 2. Juni 1935 nicht unisono die Frankenabwertung. Felix Somary schildert, wie er auf Bitte des SNB-Präsidenten «Anfang 1936 die Führung der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften von der schweren Gefahr [überzeugte], die eine Abwertung gerade für die Arbeiter in einem Lande bringen musste, dessen Versorgung so weitgehend von der Zufuhr vom Ausland» abhing.[60] Diese Position, die der offiziellen sozialdemokratischen Parteilinie entsprach,[61] bröckelte aber zu diesem Zeitpunkt ab; für den Gewerkschaftssekretär Max Weber war 1936 die Abwertung gegenüber der Deflationspolitik das kleinere

---

[57] *BBl*, 1933, II, S. 199.

[58] Vgl. Winter, André, *Die Entwicklung der Finanzplanung des Bundes*, Diessenhofen 1978, S. 46 ff.

[59] *BBl*, 1933, II, S. 200.

[60] Somary, F. (Anm. 28), S. 240.

[61] Sozialdemokratische Partei der Schweiz (Hg.), *Zur Währungsfrage*, Bern 1936.

Übel.[62] Dass sich diese Position innerhalb der Linken nicht durchsetzte, ist umso erstaunlicher, als sich in gewerblichen Kreisen und der Exportindustrie zu diesem Zeitpunkt längst Stimmen hören liessen, die eine Aufkündigung der Goldparität des Schweizer Frankens forderten. Der Zürcher Oberländer Fabrikant Heinrich Spoerry schlug im Sommer 1935 an einer Sitzung der Vereinigung für gesunde Währung ebensolche Töne an: Weil «von einer Abwertung mit ziemlicher Sicherheit zum mindesten eine Verbesserung des unhaltbaren heutigen Verhältnisses von Produktionskosten und Erlös in der Exportindustrie erwartet werden» könnte, seien «immer weitere Kreise der Exportindustrie [...] für die Abwertung». Spoerry äusserte die Ansicht, «viele Leute» hätten «einfach das Vertrauen verloren, dass der verfehlte Kurs unserer Wirtschafts- und Finanzpolitik noch beizeiten geändert werden könne».[63] Wenige Monate später, im September 1935, erklärte der Vizepräsident des Schweizerischen Gewerbeverbandes, Jean-Louis Cagianut, vor demselben Gremium: «Weite Kreise des Gewerbestandes leben heute in wirtschaftlich sehr gedrückten Verhältnissen. [...] Die Abwertung besitzt in diesen Kreisen bis in die obersten Spitzen Anhänger.»[64] Doch solche Kritik wurde vorzugsweise hinter den Kulissen formuliert; der soeben zitierte Fabrikant Spoerry wurde zum Beispiel mit der Bemerkung vorgestellt, er habe bisher «in verschiedenen Schriften und Zeitungsartikeln gegen die Währungsabwertung Stellung genommen». Auch der Schweizerische Bauernverband war – wie Laur betont – «immer ein Gegner der Geldabwertung», dies obwohl die Jungbauernbewegung in die andere Richtung zog.[65]

Die Einzigen, welche offen und konsequent gegen die Währungspolitik des Bundesrats und der SNB opponierten, waren die «Freigeldler», die im Schweizer Freiland-Freigeld-Bund zusammengeschlossen waren und die

---

[62] Hohl, Marcela, *Die wirtschaftspolitischen Vorstellungen von Max Weber (1897–1974) und sein Einfluss auf die Tätigkeit des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes,* Diessenhofen 1983. Baumann, J.; Halbeisen, P. (Anm 10), S. 32.

[63] Archiv der Schweiz. Nationalbank, Vereinigung für gesunde Währung, Thesen zum Votum «Exportindustrie und Währungsfrage» von Dr. H. Spoerry, 29. Juni 1935.

[64] *Idem,* Aussprache über «Richtlinien zur schweizerischen Währungspolitik» vom 10. September 1935.

[65] Laur, E. (Anm. 23), S. 224.

Schwundgeld- und Krisentheorie Silvio Gesells propagierten.[66] Als 1934 auf Initiative der SNB mit der Vereinigung für gesunde Währung eine politisch breit abgestützte Gegenbewegung gegen die Anhänger von Gesells «natürlicher Wirtschaftsordnung» gegründet wurde, waren die Gewerkschaften zunächst mit von der Partie, gingen dann aber auf Distanz – allerdings nicht auf Grund programmatischer Unvereinbarkeiten, sondern wegen der Querelen mit der Sozialdemokratischen Partei, der die in Vorbereitung sich befindliche «Kriseninitiative» zu wenig weit ging und die mit dem «Plan der Arbeit» ein radikaleres Projekt lancierte, dessen Resonanz jedoch beschränkt blieb. Aber auch die Sozialdemokraten attackierten den Goldfranken nicht, was keineswegs auf ein politisches Einverständnis mit Finanzinteressen zurückging, sondern auf der allgemein vorhandenen Einsicht beruhte, dass sich in einer kleinen, offenen Volkswirtschaft aussenwirtschaftliche Abhängigkeit und währungspolitische Stabilität gegenseitig bedingten.[67]

Die Konflikte um die Frage, was gegen den desaströsen Kriseneinbruch zu unternehmen sei, entzündeten sich in der Schweiz deshalb nicht an der Währungs-, sondern an der Finanzpolitik. Zwischen den Anhängern der bundesrätlichen Deflationspolitik und den Promotoren der Kriseninitiative entwickelte sich nicht nur eine wirtschaftswissenschaftliche Kontroverse,[68] sondern ein politischer Konflikt, der von rechts mit dogmatischer Unversöhnlichkeit geführt wurde. Die Initianten übten sich demgegenüber in reformpolitischem *low profile* und betonten, das Volksbegehren bewege sich – so der reformorientierte Sozialdemokrat Fritz Marbach – vollständig innerhalb des «Rahmens bürgerlicher Staatlichkeit». Es sei dem Leitbild einer «Schicksalsverbundenheit aller Staatsbürger» verpflichtet und verlange ganz einfach die «rücksichtsvolle Verteilung der Krisenlasten».[69] Dieser moderaten Dar-

---

[66] Schärrer, Markus, *Geld- und Bodenreform als Brücke zum sozialen Staat. Die Geschichte der Freiwirtschaftsbewegung in der Schweiz (1915–1952)*, Zürich 1983.

[67] Baumann, J.; Halbeisen, P. (Anm. 10), S. 19 f.

[68] Allgoewer, Elisabeth, «Überinvestition oder Unterkonsumtion? Die Grosse Depression in der Schweiz. Beiträge der Wirtschaftstheorie zu ihrer Erklärung und Bewältigung», in Geiser, Thomas et al. (Hg.), *Arbeit in der Schweiz des 20. Jahrhunderts. Wirtschaftliche, rechtliche und soziale Perspektiven*, Bern 1998, S. 187–216. Prader, Gaudenz, *50 Jahre schweizerische Stabilisierungspolitik. Lernprozesse in Theorie und Politik am Beispiel der Finanz- und Beschäftigungspolitik des Bundes*, Zürich 1981.

[69] *Die Nation*, 24. 5. 1935.

stellung hielten bürgerliche Kräfte besonders scharfe Töne entgegen. Insbesondere die Schweizerische Bankiervereinigung schritt zu harten Methoden. Indem sie – wie Patrick Halbeisen und Jan Baumann unlängst zeigen konnten[70] – die «Eidgenössische Kampfgemeinschaft gegen die Sozialisierungsinitiative» mit hohen Geldsummen finanzierten, unterstützten die Banken die schweizerische Frontenbewegung und gingen eine Allianz mit jenen Kräften ein, die gleichzeitig dem liberalen Bundesstaat mit einer Initiative zur Totalrevision der Bundesverfassung ein Ende setzen wollten. (Dieses Volksbegehren scheiterte am 8. September 1935 weit deutlicher als die «Krisen· initiative» an der Abstimmungshürde).

Die geschlossene Abwehrfront der Banken gegen ein Konjunkturbelebungsprogramm, das sich im Licht der während des Zweiten Weltkriegs geplanten, milliardenschweren Arbeitsbeschaffungsprogramme geradezu bescheiden ausnahm, zeigt, dass auf dem schweizerischen Finanzplatz eine geradezu panische Angst vor einer Arbeiterbewegung herrschte, welche die unter freisinniger Führung stehende Regierung herausfordern und als mehrheitsfähiger wirtschaftspolitischer Akteur durchsetzungsfähig würde. Während sich die Initianten um eine prosaische Sprache bemühten und mit massenkaufkrafttheoretischen Argumenten Bauern und Gewerbe in eine «rot-grüne Allianz» einzubinden versuchten, wurde der Abstimmungskampf um die «Kriseninitiative» von Seiten des Finanzplatzes zur schicksalshaften Konfrontation emporstilisiert. Es lässt sich in diesen Kreisen ein merkwürdiges Nebeneinander eines Glaubens in die Stabilität der Strukturen und ausgeprägter Destabilisierungsängste konstatieren. Eine hohe Prognosesicherheit in Bezug auf die Wachstumschancen des Vermögensverwaltungszentrums Schweiz, die in vielen Statements über die Wirksamkeit des Bankgeheimnisses zum Ausdruck kam, paarte sich mit einem Gefühl der Unberechenbarkeit: ein Umkippen dieser vorteilhaften Konstellation schien jederzeit möglich. Der Kleinstaat vertraute auf seine eigene Kraft – und gleichzeitig war sich dessen Finanzelite bewusst, wie sehr die eigenen Geschäftsbedingungen von unkontrollierbaren wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen in Europa und im globalen Massstab abhängig waren.

---

[70] Baumann J.; Halbeisen, P. (Anm. 10), S. 30.

Auffällig ist, dass beide Seiten dieser symbolisch aufgeladenen Auseinandersetzung den Goldfranken als abgeleitetes Problem behandelten; die «Krisen-initiative», die Ansätze zu einer *functional finance* enthielt, sprach die Währungsfrage gar nicht an, und ihre Anhänger beteuerten, die Goldparität der helvetischen Währung würde durch das anvisierte Massnahmenpaket nicht in Frage gestellt; im Gegenteil sei eine nachfragegestützte Konjunkturbelebung die einzige Möglichkeit, um die Stabilität des Schweizer Frankens zu gewährleisten. Den Banken wiederum ging es weit stärker um Budgetdisziplin, einen ausgeglichenen Währungshaushalt und eine solide Geldpolitik. Der Vorwurf, die «Kriseninitiative» würde die Währung ruinieren, konnte dabei als Totschlagargument gegen eine Linke eingesetzt werden, die für eine aktive Wirtschafts- und Sozialpolitik plädierte. Zwischen der Aufrechterhaltung der internationalen Währungsordnung und der Stabilität des Schweizer Frankens spielte sich so eine Wechselwirkung ein: die Rhetorik der «gesunden Währung» stand im Dienste der politischen Domestizierung der Linken und damit einer *stability culture;* Letztere wiederum war ein wichtiger Garant für die feste Goldbindung des Schweizer Frankens in Zeiten eines raschen weltwirtschaftlichen Um- und Zusammenbruchs. Zeitgenössische Beobachter stellten fest, dass gerade der Verzicht, die innenpolitischen Auseinandersetzungen auf Währungsfragen zu fokussieren, die Stabilität des Frankens unterstützte. «Wie ich damals mit grossem Nachdruck hervorhob», schrieb Felix Somary, «musste in der Schweiz selbst eine Diskussion über Abwertung ausgeschlossen sein, denn man erschütterte durch sie eine der grössten Kriegsaktiven, das Vertrauen in die Währung.»[71]

Wie in anderen kleinen, aussenwirtschaftlich stark mit andern Volkswirtschaften verflochtenen Ländern – insbesondere Holland – herrschte in der Schweiz die Ansicht vor, es gäbe keine Alternative zum Goldstandard. Der Erste Weltkrieg hatte schlagend deutlich gemacht, was es hiess, wenn Regierungen das gesetzliche Zahlungsmittel für die Kriegsführung instrumentalisierten und wenn durch den Rückgriff auf die Notenpresse die Inflation angeheizt wurde. Deshalb dienten die Jahre 1914–1918 in besonderem Mass als negativ aufgeladene Referenzphase, an der die Entwicklungen der Zwischenkriegszeit gemessen wurden. Dazu kam die Erinnerung an den verbalen Radikalismus, mit dem in den frühen 1920er-Jahren bürgerliche Kreise die «Vermögensabgabeinitiative» der Sozialdemokraten bekämpft hatten. Dieser

[71] Somary, F. (Anm. 28), S. 244.

– von Erich Gruner so bezeichnete – «Zustand latenter Bürgerkriegsstimmung»[72] fiel zwischen 1919 und 1925 mit einer Phase flexibler Wechselkurse zusammen, die allgemein mit fundamentalen Unsicherheiten verbunden war.[73] Die Teuerungserfahrung der Kriegsjahre und die Hyperinflation in Deutschland, die im November 1923 den Bankrott der Währung mit sich zog, hinterliessen im kollektiven Gedächtnis der Arbeiterbewegung tiefe Spuren, so dass Preisstabilität auch von dieser Seite einen hohen Stellenwert auf der politischen Prioritätenliste hatte. Nicht nur im Bürgertum war die «alte Tradition des guten Geldes tief verwurzelt».[74] Vielmehr bemächtigte sich die Dichotomie «stabile Währungsordnung versus chaotische Gesellschaftsdesintegration» der Köpfe über das ganze politische Koordinatensystem hinweg. Diese kollektive Grundbefindlichkeit änderte sich mit dem Abwertungsbeschluss nicht grundsätzlich. So kommentierte der Bundesrat in seinem Bericht vom 28. September 1936 rückblickend die auf die Pfundabwertung vom September 1931 folgende Devaluationswelle mit den Worten:

> «Dieses in seiner Vielfältigkeit geradezu erschreckende Verlassen geordneter und Sicherheit gewährender Geldverhältnisse hat seinerseits wieder den verhängnisvollsten Einfluss auf den internationalen Verkehr der Waren und Kapitalien ausgeübt und in einem grossen Teil der Erde die Zahlungsmoral auf einen bedauerlich tiefen Stand gebracht.»[75]

Mit Abwertungen hätten sich Staaten in der «in den Krisenjahren unerhört verschärften Konkurrenz» auf dem Weltmarkt einen «illoyalen Vorteil» verschafft. Währungstechnik war im Diskurs des Bundesrats mit moralischen Kategorien durchsetzt; weit davon entfernt, blosses Mittel zum Zweck zu sein, sah man hier zu Lande in Valutamanipulationen den Ausdruck einer verrotteten Gesinnung. Deshalb wurde die Abwertung des Schweizer Frankens nicht mit einer momentanen Zwangslage, sondern mit einer positiven

---

[72] Gruner, Erich, Einleitung, zu: Ders. (Hg.), *Die Schweiz seit 1945*, Bern 1971, S. 13.

[73] Vgl. Guex, Sébastien, *La politique monétaire et financière de la Confédération suisse 1900–1920*, Lausanne 1993. Stauffacher, W. (Anm. 16). Ruoss, Eveline, *Die Geldpolitik der Schweizerischen Nationalbank 1907–1929*, Zürich 1992.

[74] Somary, F. (Anm. 28), S. 240.

[75] Bericht des Bundesrats (Anm. 2), S. 694.

Zukunftsperspektive begründet. Ein «automatischer» Nachvollzug der Massnahme Frankreichs wäre im Herbst 1936 jedenfalls nicht nötig gewesen. Es wird, nicht ohne einen gewissen Stolz im Unterton, darauf hingewiesen, dass «der Schweizerfranken in den letzten Jahren ungeschwächt aus mancherlei Währungsschlachten hervorgegangen» sei – zuletzt im Mai und Juni des Jahres 1936. Der Goldbestand der SNB hätte ausgereicht, um einem «neuerlichen Ansturm auf den Schweizerfranken für eine gewisse Zeit» standzuhalten.[76]

Zur Begründung, wieso unter diesen Umständen trotzdem abgewertet wurde, führte der Bundesrat zunächst die negativen Rückwirkungen der französischen Abwertung auf die schweizerische Volkswirtschaft an, insbesondere auf den Tourismus und den Export. Finanzpolitisch lässt sich eine flexible Kehrtwendung konstatieren: Wurde zuvor die Abwertung mit dem Imperativ des Budgetausgleichs bekämpft, so dienten nun dieselben Argumente zur Begründung dieser Zielsetzung. Hätte man in diesem kritischen Moment nicht abgewertet, so wäre die Konkurrenzfähigkeit der schweizerischen Volkswirtschaft vollends ruiniert gewesen:

> «Die Bekämpfung dieser schwerwiegenden Folgen [...] hätte neue grosse Anforderungen an die Bundeskasse gestellt. Dem Steuerzahler hätten zusätzliche, kaum tragbare Opfer zugemutet werden müssen. Die Finanzlage des Bundes, der Kantone und Gemeinden wäre neuerdings einer harten Probe ausgesetzt worden.»[77]

Positive Worte wurden sodann für den «Versuch der internationalen Festigung der Währungsverhältnisse» gefunden. Es stehe, so der Bundesrat, «kein neuer Währungskrieg» vor der Tür, sondern es werde «eine Politik stetiger Währungskurse» und «eine internationale Stabilisierung der Wechselkurse» angestrebt. Dadurch könne der Welthandel «eine erhebliche Belebung erfahren»,[78] die eine positive Einwirkung auf die Schweiz habe:

> «Unter diesen Umständen glaubte der Bundesrat die Gelegenheit nicht unbenutzt lassen zu sollen, um die Einordnung in eine Erneuerung der internationalen Ver-

---

[76] *Idem*, S. 695.

[77] *Ibid.*

[78] *Ibid.*

hältnisse mitzumachen und sich damit eines Druckes zu entledigen, der in den letzten Jahren durch den latenten Gegensatz der grossen Welthandelsstaaten gegenüber der Schweiz auf unserem Lande gelastet hatte.»[79]

Neben diesen wirtschafts-, finanz- und währungspolitischen Beweggründen wirkte die Abwertung als Katalysator für die Festigung des schweizerischen Selbstbewusstseins im Orientierungshorizont der «geistigen Landesverteidigung». Alt Bundesrat Edmund Schulthess, der nach eigenen Worten schon 1934 – zur Unzeit – auf eine Abwertung gesetzt und der es Anfang 1936 als nötig erachtete hatte, den Bundesrat «vor Illusionen zu warnen»,[80] schilderte die Auswirkungen der Abkehr von der Goldparität 1936 mit geradezu euphorischen Worten: «Seit 2 Monaten hat unser Volk wieder Zutrauen in die Zukunft gefasst und Beweise seiner Einsicht und seiner Opferfreudigkeit gegeben, und es geht durch das ganze Land ein Zug guten Willens, sich zu verständigen, sich zu finden und den Schwierigkeiten der Zeit einig und geschlossen entgegenzutreten.»[81] Für den Vertreter des Wirtschaftsfreisinns waren «Solidarität und Zusammenhalten» das «Gebot der Stunde». Wie «andere Völker», welche «die grossen Schwierigkeiten unserer Zeit» überstanden hätten (genannt wurden England, Amerika und Schweden), könne die Schweiz «einer sonnigen Zukunft entgegengehen».[82] Mit dieser optimistischen Projektion antizipierte Schulthess die innenpolitische Integration, die in den ausgehenden 1930er-Jahren durch die Richtlinienbewegung vorangetrieben wurde. Der Zweite Weltkrieg schuf dann die Grundlagen für den Einbezug der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in den bürgerlichen Staat, der nach Kriegsende mit der Konkordanzdemokratie gefestigt und 1959 mit der «Zauberformel» auf Jahrzehnte hinaus konsolidiert werden konnte.

---

[79] *Idem*, S. 696.

[80] Schulthess, E. (Anm. 1), S. 463. Ernst Laur beschreibt, wie alt Bundesrat Schulthess dem Bundesrat in einem «vertraulichen Gutachten» die Abwertung empfahl. Laur, E. (Anm. 23), S. 224.

[81] Schulthess, E. (Anm. 1), S. 470.

[82] *Idem*, S. 474 und 476.

Auch in der Nachkriegszeit waren der starke Franken und eine systemkonforme Arbeiterbewegung eng aufeinander bezogen. Die Subalternität der Sozialdemokraten in Sachen Währungspolitik manifestierte sich insbesondere in der Person des ehemaligen Generalstreikführers und 1943 als erster Vertreter dieser Partei in den Bundesrat gewählten Ernst Nobs. In einer Notiz über eine Besprechung zwischen Nobs und der SNB findet sich das apodiktische Statement:

> «Von jeher hat es in der Währungsgeschichte der Länder immer ein bestimmtes Kriterium gegeben, um das herum sich die Vorstellung einer gesunden oder schlechten Währung drehten, gleichsam ein Prüfstein für die Währung, und das sind je und je die Staatsfinanzen gewesen.»

Man dürfe, so der Chef des Finanzdepartements in dieser Notiz weiter, «dem Bund nicht in die Arme fallen, wenn er spart und im besten Sinne eine klassische Finanzpolitik betreibt».[83] Und in ihrer Botschaft zur Bundesfinanzreform von 1948 stellt die Landesregierung fest, in der Schweiz wisse «jedermann [...], dass die Desorganisation des Staatshaushaltes die Desorganisation der Währung, der Wirtschaft und schliesslich des ganzen Landes nach sich zöge».[84]

Mit «Desorganisation des Staatshaushaltes» war dabei keineswegs eine unkontrollierte Ausgabenwirtschaft und der Rückgriff auf die Notenpresse gemeint, sondern das Einschwenken auf eine «keynesianische» Kombination von Wohlfahrtsstaat und Konjunkturpolitik. Die Integration der Arbeiterbewegung in die Exekutive des Bundesstaats führte also nicht zu einer Verdrängung der Währungsinteressen aus ihrer dominanten Stellung im wirtschaftspolitischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess. Die Linke behielt vielmehr ihre gewichtige Stimme im Chor jener, die den stabilen Franken forderten. Auch wenn die sozialdemokratische Arbeiterbewegung in der Nachkriegszeit immer wieder eine politische Kritik an Bankgeheimnis und Finanzplatz vortrug, so war doch das mentale Substrat, das den Franken

---

[83] Notiz über eine Besprechung zwischen Bundesrat Ernst Nobs und der SNB vom 19. 8. 1947, BAR E 6100 (A) –25, Bd. 33 (2417).

[84] «Botschaft des Bundesrats an die Bundesversammlung über die verfassungsmässige Neuordnung des Finanzhaushaltes des Bundes (vom 22. Januar 1948)», in *BBl*, 1948, I, S. 595.

härtete, klassen- und schichtenübergreifend vorhanden. Die Tatsache, dass die schweizerischen Banken heute rund ein Drittel der weltweiten Vermögen verwalten,[85] ist damit einer Mentalität und einer nationalen Identität zuzuschreiben, in der sich der harte Gotthardgranit und der harte Schweizer Franken problemlos ineinander fügten.

IV. Reduit und Tresor im «Mythos Schweiz»

Ein Mythos gewährleistet selbstverständlich keine Währungsstabilität. Ohne eine leistungsfähige Volkswirtschaft und eine funktionierende Zahlungsbilanzmechanik kann dieses Ziel nicht erreicht werden. Auch wenn das helvetische Auslandsvermögen durch die krisenhafte Entwicklung und die Bankenzusammenbrüche in verschiedenen Ländern stark angeschlagen und in seiner Ertragskraft gemindert wurde, verfügte die Schweiz diesbezüglich über solide strukturelle Grundlagen.[86] Durch den Aufbau eines Systems von bilateralen Clearingverträgen mit Ländern, die zu einer Devisenbewirtschaftung übergegangen waren, sollte sicherstellen, dass Kapitalerträge und Einnahmen aus der «Fremdenindustrie» weiterhin zur Finanzierung des Defizits in der Handelsbilanz und damit zum Ausgleich der Ertragsbilanz dienen konnten. Diese makroökonomischen Zusammenhänge sollten allerdings den Sachverhalt nicht vergessen lassen, dass die Schweiz mit ihrem frei konvertiblen Franken sehr stark von grenzüberschreitenden kurz- und langfristigen Kapitalbewegungen abhängig war. Dem Vertrauen in die Währung in- und ausländischer Vermögenseigentümer kam deshalb eine eminente Bedeutung zu.

Es ist deshalb nicht erstaunlich, dass die Beschwörung einer «gesunden Währung» und eines «starken Schweizer Frankens» in der Zwischenkriegszeit einen ausgeprägten Einschlag ins Mythische hatte. Das Reden über Kontinuität war gerade auf diesem Feld geeignet, über die Unsicherheiten und Unberechenbarkeiten der Krise hinwegzuhelfen und die Vertrauensgrundla-

---

[85] Über die heute verfügbaren Zahlen gibt der Aufsatz von Peter Hug Auskunft (Anm. 10).

[86] Zu diesen strukturellen Grundlagen vgl. Perrenoud, Marc, «Banques et diplomatie suisses à la fin de la Deuxième Guerre mondiale. Politique de neutralité et relations financières internationales», in *Studien und Quellen*, Nr. 13/14, Bern, Zeitschrift des Schweizerischen Bundesarchivs, 1988, S. 7–128.

gen, auf denen die Währung basierte, zu regenerieren. «In vertrauten Welten dominiert die Vergangenheit über Gegenwart und Zukunft», schreibt Niklas Luhmann, um hinzuzufügen, dass es «in der Vergangenheit [...] keine ‹anderen Möglichkeiten› mehr» gebe, weil sie «stets schon reduzierte Komplexität» sei.[87] «Geschichte als Hintergrundsicherung»: diese Rolle des historischen Bewusstseins war für das Image des Schweizer Frankens als eines europäischen Anlagemediums relevant. Zwischen der Staatssemantik der «geistigen Landesverteidigung» und des «Gotthardstaates» einerseits und der rhetorischen Inszenierung der uneinnehmbaren Währungsfestung im Alpenland im Herzen Europas andererseits lassen sich Parallelen feststellen. Zwischen Unternehmen (Banken, die in diesem Bereich Dienstleistungen anboten), Rechtsstaat (Bankgeheimnis) und nationalem Mythos (die Eidgenossenschaft als «ewiger Ort») spielten sich metaphorische Austauschbeziehungen ein, die für das Vertrauensmanagement im europäischen und internationalen Kontext von Belang waren.

Für die Schweiz lässt sich unschwer zeigen, wie die Erzählmuster und die Ikonographie des Nationalen im Zug einer Interaktion mit dem Aussen geformt wurden. Das kulturelle Gedächtnis funktionierte über die Herstellung von Alterität, das heisst über die Nutzung von Bedeutungsdifferenzialen, welche die Schweiz *outstanding* machten. Dabei gelang es immer wieder, negative Aussenwahrnehmungen in positive Selbstdeutungen zu transformieren. Das war mit den Kühen so: der ehrenrührige Vorwurf «Kuhschweizer» wurde nicht zurückgewiesen, sondern durch seine Verbindung mit den glücklichen *Swiss brownies* zu einer tourismusfördernden Sympathieressource umgewandelt.[88] Die während der Aufklärung kultivierten Vorurteile über die geldtüchtigen und -süchtigen Eidgenossen, insbesondere die Empfehlung, wenn man einen Genfer Bankier zum Fenster hinausspringen sehe, solle man es ihm ohne Zögern nachtun, mochten zynisch sein. Mit der Tatsache, dass man im Ausland beim Namen «Schweiz» unwillkürlich ans Geld dachte, liess sich indessen vortrefflich Geschäfte machen. Aus der Sicht der reichen Bürger aller Länder, die sich im 20. Jahrhundert angesichts der Begehrlichkeit des Fiskus Sorgen machten um den Fortbestand ihres Ver-

---

[87] Luhmann, N. (Anm. 9), S. 20.

[88] Vgl. dazu Morkowska, Marysia, *Vom Stiefkind zum Liebling. Die Entwicklung und Funktion des europäischen Schweizbildes bis zur Französischen Revolution*, Zürich 1997.

mögens, war die sprichwörtliche Geldversessenheit der Schweizer eine Anlageempfehlung. Denn in der neutralen Schweiz wirkten offenbar professionelle Spezialisierung, rechtsstaatliche Sicherheit und aussenpolitische Kontinuität in idealer Weise zusammen. «Point d'argent, point de Suisse» war die Formel für eine win-win-Situation, bei der alle Beteiligten – sowohl die aufs Geld erpichten Schweizer als auch die Steuervermeidung und -betrug praktizierenden Ausländer – profitierten. Die Synergieeffekte, die sich zwischen Erinnerungspolitik, Erfahrungswelt und Erwartungshorizonten einstellten, kamen so dem Finanzplatz zugute. Zwei Beobachtungen sind in diesem Zusammenhang wichtig.

Erstens wurden die partikularen Interessen von Finanzgläubigern mit dem nationalen Interesse in eins gesetzt. Währungspolitik, monetäre Stabilität, Finanzinteressen und Vermögensverwaltung fielen zusammen. Im April 1936 schrieb die SNB an den Chef des Eidgenössischen Finanzdepartements und Bundespräsidenten Meyer über die «Wahrung der schweizerischen Finanzforderungen gegenüber ausländischen Staaten, die den freien Zahlungsverkehr mit der Schweiz eingestellt oder beschränkt» hatten, es handle sich «hier keineswegs etwa nur um Ansprüche der Banken oder etwa einer besonders privilegierten, des behördlichen Schutzes nicht bedürfender Schicht der Bevölkerung [...], sondern um eine das Gesamtinteresse berührende Angelegenheit».[89]

Zweitens wurde diese nationale Solidarität gekittet durch ein Geschichtsbild, das sich wiederum für die Propagierung des schweizerischen Vermögensverwaltungszentrums und die Rechtfertigung des Bankgeheimnisses instrumentalisieren liess. Dabei wirkten nationale Verteidigung und geschäftliche Offenheit auf paradoxe Weise zusammen. Ob der (im September 1936 für eine Abwertung optierende) katholisch-konservative Vorsteher des Eidgenössischen Departements des Innern, Philipp Etter, im Jahr 1939 die «Einheit des Landes [...] mit starken Wällen von Granit und hartem Kalkgestein» als eine «Festung [...] so gross und stark, wie sie nur der Herrgott selber bauen konnte», besang[90] oder ob der Bauernführer Ernst Laur im selben Jahr von «einer Wirtschaft, einem Staat, einem Volk» sprach, das sich in der gotthard-

---

[89] SNB an Bundespräsident Meyer, 8. 4. 1936, BAR E 2001 (D) –/1, Bd. 221.

[90] Etter, Philipp, «Das Land und seine Sendung», in *Reden an das Schweizervolk, gehalten im Jahre 1939*, Zürich 1939, S. 11.

zentrierten «Einheit» der Schweiz bilden konnte:[91] es ging immer um die Ineinssetzung von Landestopografie und Nationalcharakter, der ganz selbstverständlich die zentralen wirtschaftlichen Eigenschaften des Schweizers, nämlich seine Sparsamkeit, seinen Fleiss, seine Rechtschaffenheit und seinen Ordnungswillen, umfasste. Diese nationalideologischen Konstrukte hatten nicht nur eine Innenseite im Sinne eidgenössischer Selbstverständigung, sondern sie richteten sich auch gegen aussen. Wenn Etter die «Aufgabe, im Herzen des Abendlandes Wache zu stehen», erwähnte und Laur vom «Granite des Gotthardmassivs [...], dem Vaterlande zum Schutz errichtet», sprach, so war dies ebenfalls als dissuasive Kommunikation nach aussen gedacht: es hatte noch keiner – noch so starken – Macht gut getan, wenn sie sich an der geschützten Schweiz vergreifen wollte.[92]

Diese Abwehrhaltung, in dem sich eine Schutzbehauptung erkennen lässt, war prägend für die folgende Entwicklung. Während der Kriegsjahre machte ein nationaler Diskurs, der von Schutz und Trutz, von innerer Stärke, Wehrwillen, Verteidigungsbereitschaft, Unbeugsamkeit und Uneinnehmbarkeit handelte, das Land auch für verunsicherte Vermögensanleger attraktiv. Das Reduit von 1940 war gleichzeitig ein Tresor – und dies keineswegs nur im Buchstabensinne des Wortes. Ein Aargauer Zeitgenosse und damaliger Banklehrling beschrieb die Situation folgendermassen:

> Eines Abends jagte das Gerücht durch das Städtchen: Die Deutschen kommen! In jener Nacht beluden wir den getarnten Lastwagen eines Käsehändlers mit sämtlichen Wertschriften aus den Bank-Safes, dem Gold und dem ‹Portefeuille› einer Stadt in Panik. Unter grauverhangenem Himmel fuhr das seltsame Gefährt in die Innerschweiz. Ich hockte hinten auf der kostbaren Last, deutsche Rüstungsaktionen aus dem Depot des Metzgermeisters als hartes Kissen gebrauchend. Hinter Sarnen war den aargauischen Banken ein besonders ausgebauter Stollen, tief im Bergesinnern angelegt, reserviert. [...] Im fahlen Grubenlicht horteten wir, bleichgesichtigen Gnomen vergleichbar, unsere Wertgegenstände».[93]

---

[91] Laur, Ernst, *Der Schweizerbauer, seine Heimat und sein Werk,* Brugg 1939, S. 2.

[92] *Idem.*

[93] Geissberger, Werner, in *Aargauer Bürgerbuch,* Aarau 1978, S. 7 f.

Mit ihrem Nationalmythos vom unbezwingbaren Volk aus den Bergen, das erfolgreich jedem Versuch einer Fremdherrschaft getrotzt hatte, kommunizierte die Schweiz eine allgemeine Botschaft nach aussen, die sich von der konkreten Topografie ablöste und sich ins Metaphorische verflüchtigte. 1291 war nicht nur eine Chiffre für die Rütli-Reduit-Eidgenossenschaft, sondern sie passte auch zur psychologischen Befindlichkeit jener Kräfte, die jeden «Einbruch in das Bankgeheimnis» ablehnten und auf das Vertrauen in den Tresor Schweiz setzten. Es ist symptomatisch, dass im Sommer 1940 im persönlichen Stab General Guisans die Ansicht vertreten wurde, angesichts der neuen Situation müsse sich die Schweiz wirtschaftlich weitgehend anpassen, eine Opferung des Bankgeheimnisses käme jedoch nicht in Frage, weil sie mit der «nationalen Ehre» nicht vereinbar wäre.[94] Auch die enormen Widerstände der Geschäftsbanken gegen die Versuche der Nationalbank, eine Statistik der Kapitalbewegungen zu erstellen, zeugen von dieser Einstellung.[95] Schon in der Zwischenkriegszeit trat die Schweizerische Bankiervereinigung entsprechenden Plänen der SNB entgegen. So entschlossen letztere für die Ermittlung strategischer Zahlungsbilanzinformationen eintrat, so offen war sie allerdings für das Argument, dass sich ausländische Vermögenseigentümer durch statistische Anstrengungen in der Schweiz irritiert fühlen könnten. Im Juni 1936 schrieb die SNB an das Eidgenössische Politische Departement zum Entwurf eines Bundesratsbeschlusses, der fallweise «Erhebungen über die schweizerischen Aktiven und Verpflichtungen» vorsah, der «in der Schweiz deponierte Titelbesitz [...] von im Ausland domizilierten natürlichen und juristischen Personen» dürfe in eine solche Erhebung «nicht einbezogen werden»:

> «Diese Einschränkung war notwendig, um von vornherein einer nicht ganz unbegründeten Befürchtung zu begegnen, nämlich, dass ein solcher Bundesratsbeschluss in den Kreisen der ausländischen Deponenten Beunruhigung hervorrufen würde, der zufolge unter Umständen für Hunderte von Millionen Franken Titeldepots in Bewegung geraten könnten, was für unseren Kapitalmarkt und für die

---

[94] Bucher, Erwin, *Zwischen Bundesrat und General. Schweizer Politik und Armee im Zweiten Weltkrieg*, St. Gallen 1991, S. 455 f.

[95] Diese Auseinandersetzungen werden dargestellt in Baumann, J.; Halbeisen, P. (Anm. 10), S. 2 ff.

Währung nicht ohne Folgen bliebe, abgesehen von der Schädigung des schweizerischen Bankgewerbes überhaupt.»[96]

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Stabilität des Schweizer Frankens, wie sie im Ersten Weltkrieg zur Orientierungsgrösse der schweizerischen Währungspolitik aufstieg und in der grossen Depression der 1930er-Jahre zu einer krisenverschärfenden *idée fixe* wurde, durchaus als politischer Mythos begriffen werden kann: Eine grossen Zahl von offiziellen Dokumenten beschwor den «gesunden» und «starken» Franken, der ideal mit der tektonischen Robustheit und der kernigen Gesundheit des «Schweizeralpenlandes» korrespondierte. Die Interpretation von Nationalcharakteristika als volkswirtschaftliche Qualitäten konnte in der Zwischenkriegszeit generell als Strategie zur Stärkung der Konkurrenzfähigkeit der Schweizer Wirtschaft entwickelt werden. Nationale Warenpropaganda und Werbung für die Währung gingen diesbezüglich Hand in Hand. Der starke Franken wuchs an den nationalen Qualitäten der Schweiz; als «geprägte Freiheit» schien er ebenso abnutzungsresistent wie das Staatswesen, das er weltweit repräsentierte. Die Nationalisierung der Währung und die «Naturalisierung der Nation»[97] entwickelten sich gleichzeitig und schienen den Schweizer Franken immun zu machen gegenüber den Wechselfällen der ökonomischen Entwicklung. Damit wurde eine Wahrheit ausgesprochen, die sich im Sinne einer *selffulfilling prophecy* permanent reproduzierte – nicht nur ideologisch, sondern auch über die Regulierung der Angebots- und Nachfragerelation auf den Finanz- und Kapitalmärkten. Es war das «Vertrauen in die Währung», das hier wirksam wurde. Die Schweiz sandte eine dreifache Botschaft aus: sie war erstens sicher vor Kriegen und gewaltsamer Zerstörung, zweitens resistent gegenüber inneren Erschütterungen und sozialer Destabilisierung und drittens gefeit gegen Experimente mit dem Franken sowie spekulative Attacken auf die Währung. Einzelne dieser Faktoren lassen sich auch in anderen Ländern feststellen, die in eine Standortkonkurrenz um den Aufbau eines europäischen und internationalen Vermögensverwaltungszentrums eingetreten waren. Doch es gab kein anderes Land, das im 20. Jahrhundert alle drei Erfordernisse für eine langfristig erfolgreiche Wachstumsstrategie in gleicher

---

[96] SNB an Eidg. Politisches Departement, 17. Juni 1936, BAR E 2001 (D) –/1, Bd. 221.

[97] Zimmer, Oliver, «In Search of Natural Identity: Alpine Landscape and the Reconstruction of the Swiss Nation», in *Society for Comparative Study of Society and History*, 1998, S. 637–665.

Weise aufwies. Damit stand die neutrale Schweiz konkurrenzlos da; die hohe Wertschöpfungsquote des Finanzplatzes wurde auch ermöglicht durch eine Neutralitätsdividende. Die mythische Überhöhung des «starken Frankens», der vor dem Zugriff fremder Steuervögte geschützt war, stellte in dieser Beziehung das Gegenstück dar zur mythologischen Aufladung Wilhelm Tells, der die Weigerung, das Bankgeheimnis preiszugeben, als Abwehrkampf gegen Fremdherrschaft und als Verteidigungsbereitschaft eines kleinen, bedrohten Landes verklärte.

Résumé

Les mythes ne sont pas des mirages, mais des constructions de l'esprit et, à ce titre, des modèles narratifs qui sont sans cesse répétés pour rassurer la collectivité, créant ainsi, notamment en période de crise sociale, un sentiment de continuité et de tradition. En tant que structures symboliques, les mythes nationaux influent sur la société et constituent par là même un élément important de la construction sociale de la réalité, dont le fonctionnement est lui aussi toujours déterminé par ces projections de l'imaginaire et par ces modèles d'interprétation culturelle. Dans cette optique, le discours sur la stabilité du franc suisse peut donc être considéré comme un mythe. Habilement évoquée dans un grand nombre de documents officiels en termes éloquents, cette stabilité est devenue une «selffulfilling prophecy» offrant aux décideurs de l'État et aux responsables de la Banque nationale suisse une base sur laquelle ils pouvaient fonder leur action.

A une période où la Suisse a pu transformer sa place financière et bancaire en une puissante plaque tournante du capital et développer la gestion de son patrimoine, la confiance que les investisseurs étrangers plaçaient dans le franc suisse a été l'une des conditions à l'expansion des affaires sur le long terme. L'augmentation des flux financiers à court terme, qualifiés de «hot money», à des fins spéculatives a également exigé de la part des gestionnaires du franc une grande crédibilité, car ils ne pouvaient laisser planer aucun doute sur la politique monétaire menée par la Suisse. Ces processus doivent par ailleurs être considérés dans le contexte plus vaste d'une «culture de la stabilité»: la solidité du franc a aussi révélé la faiblesse de la gauche, laquelle n'a pas réussi, jusqu'au milieu des années trente, à remettre en question la prééminence de la politique monétaire sur la politique économique. Plus que

la stabilité des institutions politiques, c'est l'image de la nation qui importait: la solidité et la santé du franc suisse reflétaient la robustesse des Alpes suisses et la vigueur du pays.

Le 26/27 septembre 1936, à la surprise générale, le Conseil fédéral dévalua le franc suisse dans la foulée de la dévaluation du franc français. Cette démarche n'était pas dictée par un revirement radical de la politique monétaire; elle ne faisait que consacrer la primauté de la libre convertibilité et la renonciation à des mesures de réglementation des devises. Avec la nouvelle donne de la politique intérieure, autrement dit avec l'intégration du mouvement ouvrier dans un système démocratique de concordance placé sous le signe de la «défense nationale spirituelle», la politique monétaire et la politique financière restèrent en parfaite harmonie, ce que la Seconde Guerre mondiale, notamment, mit clairement en évidence.

Compendio

I miti non sono chimere, bensì costruzioni mentali, ovvero modelli narrativi ripetuti in continuazione per tramandare alcune certezze collettive; in particolare, nei momenti di crisi sociale, essi contribuiscono a dare un'impressione di continuità e tradizione. Come strutture simboliche, i miti nazionali esercitano influssi sulla società e sono perciò un elemento importante per la costruzione sociale della realtà, la quale è determinata anche da queste proiezioni immaginarie e modelli interpretativi culturali. In tal senso, il discorso sulla stabilità del franco svizzero ha senz'altro un carattere mitico: La «moneta forte» è stata trattata in numerosissimi documenti ufficiali con abile retorica ed è diventata – come selffulfilling prophecy – un caposaldo sacro alla base delle scelte politiche di governanti e responsabili della Banca Nazionale.

In una fase nella quale la Svizzera è stata in grado di riorganizzare la gestione dei patrimoni e di trasformare la sua piazza bancaria e finanziaria in un efficiente crocevia di capitali, la fiducia degli investitori internazionali nel franco svizzero si è dimostrata come presupposto per l'espansione degli affari a lungo termine. L'incremento dei flussi finanziari speculativi a breve termine, chiamati hot money, chiedeva ugualmente grandi esigenze nella credibilità dei «manager del franco» i quali dovevano evitare che nascessero delle insi-

curezze sul corso monetario del paese. Questi fenomeni vanno interpretati nel contesto più ampio di una «stability culture»: nella forza della moneta si manifestava anche la debolezza di una sinistra, la quale fino alla metà degli anni Trenta non è stata in grado di mettere in dubbio il fatto che la politica monetaria prevaleva sulla politica economica. Oltre alla stabilità delle istituzioni politiche, era importante l'immagine naturalizzata della nazione: il franco svizzero forte e «in salute» corrispondeva alla solidità tettonica e alla salute di ferro della «nazione alpina svizzera».

Il 26/27 settembre 1936 il Consiglio federale svalutò inaspettatamente il franco svizzero in seguito alla svalutazione francese. Questo passo però non era il risultato di una radicale svolta della politica monetaria; essa suggellò piuttosto il primato della libera convertibilità e la rinuncia a provvedimenti per la regolamentazione dei cambi. Nelle nuove condizioni quadro di politica interna per un'integrazione del movimento operaio in un sistema democratico di concordanza nel segno della «difesa spirituale della nazione», la politica finanziaria e monetaria restarono in ottima sintonia tra loro, fatto che apparirà con grande evidenza nel corso della seconda guerra mondiale.

Schweizerisches Bundesarchiv, Digitale Amtsdruckschriften
Archives fédérales suisses, Publications officielles numérisées
Archivio federale svizzero, Pubblicazioni ufficiali digitali

Goldparität im Gotthardstaat: Nationale Mythen und die Stabilität des Schweizer Frankens in den 1930er- und 40er-Jahren

In Dans In	Studien und Quellen Etudes et Sources Studi e Fonti
Jahr Année Anno	2000
Band Volume Volume	26
Autor Auteur Autore	Tanner, Jakob
Seite Page Pagina	45-82
Ref. No	80 000 256

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.
Le document a été digitalisé par les. Archives Fédérales Suisses.
Il documento è stato digitalizzato dell'Archivio federale svizzero.